

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Nach der Niedersachsenwahl: Diskussion in der Linkspartei – S. 3*
- *Die Türkei, der Syrienkonflikt und die Kurden – S. 6*
- *Krise bei Opel – Das Ruhrgebiet im Wandel – S. 12*
- *„Marshallplan für Europa“ – ein Plan mit Konstruktionsmängeln – S. 15*
- *Die Knessetwahlen in Israel, Ergebnisse und Perspektiven – S. 18*

Ausgabe Nr. 2 am 7. Februar 2013, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart. stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart



Breite Ablehnung gegen Drohnenkrieg, als Pappmaché mitgeführtes Tötungsgerät bei der Demonstration am 1. Februar.

Nato-Sicherheitskonferenz in München

www.sicherheitskonferenz.de. maf. Die Münchner Sicherheitskonferenz hat sich im heraufziehenden Zeitalter der Interventionskriege institutionell verfestigt. Sie bietet neben den Großmächten auch mittleren Mächten eine Gelegenheit, die Risiken und Nebenwirkungen von Militärinterventionen abzuschätzen. Für die BRD als technologisch und wirtschaftlich relevante Macht ist hierbei vor allem das weite Feld der Rüstungslieferung bzw. des Wirtschaftsboykotts von Interesse. Die Konferenz bietet den Teilnehmenden darüber hinaus die Möglichkeit, die Verschiebung von diplomatischen Positionen zu markieren. In diesem Jahr war es für Russland eine Gelegenheit, auf Distanz zum untergehenden Assad-Regime Syriens zu gehen. Unverkennbar wurde aus den Reaktionen auf den Auftritt des iranischen Außenministers, dass Iran, sollte seine Regierung nukleare Bewaffnung betreiben, dafür nirgendwo Unterstützung finden wird.

Wie jedes Jahr gab es als Gegengewicht zum Kriegs- und Gewaltmanagement der Staats- und Wirtschaftslenker eine Vielzahl von Veranstaltung und Demonstrationen. Die tiefen Zerwürfnisse, die seit der Intervention einer Koalition aus SPD und Grünen in den Jugoslawienkrieg die BRD-Linke spaltet und hilflos machen, sind nicht überwunden.

Im Parteiensystem: Die Bereitschaft von SPD und Grünen zum Interventionskrieg kann nur durch eine starke Linke eingeeht werden, und Ablehnung des Interventionskriegs durch Die Linke macht sie für eine große Mitte-Links-yKoalition ungeeignet.

In der öffentlichen Meinung, je nachdem auf welche Gruppe von Leidtragenden sich Anteilnahme oder – leider – auch Hass richten. In dieser trüben Situation zeigt sich dennoch ein

Hoffnungsschimmer: Die Kritik an der Entwicklung und Lieferung von Kriegsgerät nimmt zu und bis weit in die bürgerlich konservativen Reihen entwickelt sich Abscheu gegen Drohnenkrieg und gezielte Tötung. Es ist klar, dass eine Rückführung von Rüstungswirtschaft und vertraglich vereinbarten Lieferungen nur schrittweise erfolgen kann. Darin liegt eine Chance: Die Verständigung über nächste Schritte zur Entmilitarisierung internationaler Beziehungen.

Und sie bewegen sich doch!

<http://www.erzbistum-muenchen.de.maf>. Die bayerischen Bischöfe haben bei ihrer Frühjahrskonferenz in Waldsassen beschlossen, das per Staatsvertrag verbriefte Recht, bei der Besetzung einiger Lehrstühle im Bereich der Lehrererbildung mitzureden, aufzugeben. Es habe sich aus der früher der Kirche anvertrauten Aufgabe der Volksbildung ergeben und sei nunmehr hinfällig. Angesichts laufender Klagen und ergangener Gerichtsentscheidungen war diese Entscheidung nur klug, aber eben auch klug. Zum ersten Mal, so heißt es in der öffentlichen Verlautbarung, tagten die bayerischen Bischöfe gemeinsam mit ihren Mitbrüdern der Prager Kirchenprovinz. Man betonte die jeweilige Heimatverbundenheit, aber auch die „grenzüberschreitende versöhnende Rolle der Katholischen Kirche gerade auch für ein geeintes Europa“. Der Katholikentag 2014 in Regensburg soll in diesem Sinne thematisiert werden. Der neue Regensburger Bischof, Rudolf Voderholzer, teile der Öffentlichkeit mit, er wolle Tschechisch lernen. Die bayerischen Bischöfe beschäftigten sich zudem „intensiv mit der Situation der Flüchtlinge in Deutschland. Mit großer Besorgnis nehmen sie zur Kenntnis, dass bei dem Versuch der illegalen Einreise nach Europa 2011 laut Uno alleine auf dem Seeweg mehr als 1500 Menschen umgekommen sind.“ – Der Katholizismus, in der Gegenwart mit Zurücksetzung von weiblichen Gläubigen, Missbrauchsfällen und aus vergangenen Zeiten hergeholten Vorstellungen zur Sexualmoral belastet, zeigt sich hier als eine kulturelle Kraft, die Verbindendes über die – auf andere Weise – antiquierten Grenzen der Nationalismus hinaus sucht. – Schöner wäre es, wir könnten von einer gemeinsamen Tagung der Vorstände der deutschen und tschechischen Linken berichten...

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Diskussion in der Linkspartei: wie weiter?

Nachdem Die Linke 2012 am 6. Mai zuerst in Schleswig-Holstein und die Woche darauf auch in NRW aus dem Landtag ausgeschieden ist, verfehlte sie nun mit 3,1% auch den Wiedereinzug in Niedersachsen. Nach dieser Serie ist sicher, dass die landespolitischen Positionen der Linken in den Flächenstaaten der alten BRD gegenwärtig nicht ziehen. Allgemein wird gesagt, das kommt daher, weil die von der Linken in den jeweiligen Ländern formulierten und verfochtenen landespolitischen Ziele keinen Anklang in der Wählerschaft finden oder weil nicht erwartet wird, dass eine Stimme für die Linke diesen Zielen weiterhilft.

Die Auswertungsdiskussion der niedersächsischen Linken, wir dokumentieren dazu Auszüge aus einem Bericht des Landesvorsitzenden Manfred Sohn, konstatiert vor allem den Zusammenhalt eines „Sockels“ von 100 000 Abstimmenden. In dieser Deutung liegt die Gefahr einer Verwechslung von mitgliedschaftlicher und wählerschaftlicher Bindung nahe. Parteimitgliedschaft ist durch Permanenz gekennzeichnet. Sie wird durch eine eigene Aktivität – und sei es nur die Zahlung eines kleinen Beitrags – immer wieder bekräftigt. Aus der Mitgliedschaft folgen Rechte, bei Personal und Inhalt der Partei mitzuentcheiden. Wahlentscheidungen dagegen sind momentane Auswahlentscheidungen im Parteienwettbewerb. Mit der Stimmabgabe ist alles vorbei. „Die Wähler“ haben gegenüber „ihrer Partei“ exakt gar keine Rechte. Das inzwischen immer weiter entwickelte System der Umfragen suggeriert zwar eine permanente Beziehung zwischen

Wählern und Gewählten. Mittel der Durchsetzung der Wählermeinung stellt es aber nicht bereit. Die Sympathien und Antipathien, die sich in der öffentlichen Meinung gegenüber Parteien finden lassen, bilden sich vor allem an Gegenständen und Konstellationen der Politik im Bund. Dass die Wahlentscheidungen in Bund, Ländern und Gemeinden sehr verschieden ausfallen können (und das nicht etwa nur bei der Linken) ist ein deutlicher Fingerzeig, dass die konkrete Bewertung im Parteienwettbewerb der jeweiligen Wahl stattfinden.

Wenn die Linke bei der Landtagswahl scheitert, dann ist ihr Wahlprogramm keineswegs Schnee von gestern. SPD und Grüne werden einen Koalitionsvertrag vorlegen müssen. Wie wird, was da kommt, zu den Erwartungen der Wählerschaft passen? Die Linke wird nun die niedersächsische Landespolitik ohne Sitz und Stimme im Landtag kritisieren müssen. Müssen die bisher erarbeiteten landespolitischen Positionen dazu weiterentwickelt werden? Wahrscheinlich schon.

In den nächsten Monaten freilich steht die Debatte im Zeichen der Bundestagswahlen. Die schwachen Ergebnisse der Landtagswahlen in den Flächenstaaten der alten BRD haben die Chance der Linken auf Wiedereinzug in den Bundestag nicht auslöschen können. Wieso? Zum einen, weil im Bundestag eine Opposition gebraucht wird. Ein anderer, weniger auffälliger Grund ist, dass sich die Linke in den Ländern des Ostens als parlamentarische Kraft – in Regierung und in der Opposition – gezeigt und auch bewährt hat. *Alfred Küstler, Martin Fochler*

2009 (380.373 Zweitstimmen und damit 8,6%) fast geviertelt worden. (...)

Es mag sein, dass der Unterschied zwischen den 2,x-Wahlniederlagen, die wir kürzlich in anderen westlichen Bundesländern erlitten haben und dieser 3,1-Wahlniederlage auch in der Qualität der Arbeit der Landtagsfraktion und der relativen Geschlossenheit des Landesverbandes begründet liegt. Aber vermutlich ist noch nicht einmal das der Fall in dem Umfang, der allen zu wünschen wäre, die zu Recht stolz waren und sind auf die immense Arbeit, die sie in den letzten fünf Jahren getan haben.

Ähnliches gilt auch für die Führung des Wahlkampfes. In der Regel wird deren Bedeutung für ein Wahlergebnis ebenfalls eher über- als unterschätzt. Nach meiner persönlichen Wahrnehmung war dies der beste Wahlkampf, den wir – ob als PDS oder WASG oder Die Linke – je geführt haben.

Das alles war großartig, aber es hat uns nicht wieder in den Landtag gebracht.

Insbesondere in der Schlussphase, als sich die Möglichkeit eines Scheiterns andeutete, haben wir uns (der Autor ausdrücklich eingeschlossen) bitter beklagt über den Terror der Demoskopen, die uns trotz einer vorliegender 6%-Umfrage stur und in allen wichtigen Medien auf die 3 Prozent festgenagelt hatten, die in Verbindung mit der undemokratischen 5%-Klausel immer die Kippschalter-Wirkung entfaltet, nach der Menschen, die zwischen uns und anderen Parteien schwanken, aus Furcht vor dieser Klausel uns dann die Stimme verweigern, wenn sie unseren Einzug gefährdet sehen.

Andererseits würden wir zu oberflächlich analysieren, wenn wir dies für wahlentscheidend halten würden (der Autor verweist auf die FDP, d. Red.).

Lagerbildungen

Wir haben mit unserer Kampagne unsere Stammwählerschaft erreicht. Das ist nicht wenig. Mehr noch: Wir haben unsere Stammwählerschaft durch die Arbeit der letzten fünf Jahre deutlich ausgeweitet und stabilisiert. Es macht für die Perspektive dieser Partei einen großen Unterschied, ob wir auf einem Sockel von 20 000 Anhängern und 0,5% der Stimmen oder ob wir auf einem Sockel von 100 000 Anhängern und 3% der Stimmen politisch kämpfen.

Die Stabilität, relative Unbeirrbarkeit und Parteitreuere dieses gewachsenen Sockels ist eine der größten Ermutigungen in dieser Niederlage. Die Isoliertheit dieses Sockels ist gleichzei-

Manfred Sohn, Landesvorsitzender und Spitzenkandidat Die Linke Niedersachsen

Elemente zur Analyse unserer schweren Wahlniederlage vom 20. Januar

Niederlagen sind bessere Lehrmeister als Siege. Die Qualität einer Organisation, einer Bewegung, einer Partei beweist sich nicht im Triumph. Sie beweist sich in ihrer Fähigkeit, Rückschläge so zu verarbeiten, dass sie Grundlage für künftige Siege sein können.

Die Kernergebnisse der Niederlage

Die Linke erzielte 112.215 und damit 3,1% der Zweitstimmen sowie 110.523 und damit ebenfalls 3,1% der Erststimmen. Damit hat sich ihr Stimmenanteil gegenüber den Wahlen 2008 mehr als halbiert. Damals waren es 243.361 (7,1%) der Zweit- und 217.344 (6,4%)

der Erststimmen. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass die PDS bei den Landtagswahlen 2003 an Zweitstimmen 21.560 und damit 0,5% der Stimmen erhalten hatte.

Abschichtung der Ursachen

Die Abkehr von – in der Summe – über 130 000 Menschen, die vor fünf Jahren die Partei Die Linke in den Landtag gewählt hatten und dies dieses Jahr nicht mehr taten, ist eine schwere politische Niederlage. Diese Partei ist in ihrer Massenwirkung gegenüber den letzten Landtagswahlen mehr als halbiert und gegenüber den Bundestagswahlen

tig der Kerngrund unserer Niederlage.

Die niedersächsische Niederlage reiht sich ein in die Erfahrung, dass es der Linken – jedenfalls in den alten Bundesländern – noch nie gelungen ist, gegen eine SPD, die sich in Bund und Land in der Opposition befindet, an Stimmen hinzuzugewinnen. Die Linke, die vor allem auf phasenweise enttäuschte SPD-Wähler setzt, wäre immer nur eine abgeleitete Größe, die in Abhängigkeit von frischen Untaten der SPD um die parlamentarische Überlebensgrenze herumoszilliert. Als Teil eines (illusionär) gedachten SPD/Grüne/Linken-Lagers ist der kleinste Lagerkamerad immer der, der zum Bierholen weggeschickt wird, wenn die Großen meinen, auch ohne ihn klarzukommen.

Das eigentlich Bemerkenswerte dieses Wahlergebnisses – und in seinem Lichte auch die noch schlimmeren Ergebnisse aus Schleswig-Holstein (2,2%) und NRW (2,5%) – ist, dass selbst bei extremer Zuspitzung auf eine Kopf-an-Kopf-Lage, selbst bei voller Entfaltung des Demoskopien-Terrors, selbst bei voller Ausprägung einer aus der Opposition heraus heftig links blinkenden SPD unser politischer Sockel nicht auf die Größenordnung alter PDS-Zeiten abgebrannt wird, sondern sich gegenüber den damaligen Zeiten in absoluten Zahlen wenigstens in Niedersachsen verfünffacht hat.

Zur Notwendigkeit der Herausbildung eines eigenen antikapitalistisch-sozialistischen Lagers

Zumindest in den Flächenländern der alten Bundesrepublik gibt es gegenwärtig, das zeigen die Ergebnisse der letzten Landtagwahlen, keinen vom Handeln der SPD unabhängigen parlamentarischen Platz für die Partei Die Linke. Sie ist keine eigenständige Größe, sondern abhängig von den Fehlern insbesondere von SPD und Grüne, die Massenwirksamkeit in der Regel nur dann entfalten, wenn diese beiden Parteien in Regierungsfunktion handeln.

Damit wird ein parteistategisches Dilemma deutlich: Diese Partei ist – zumindest im Westen – angesichts der undemokratischen 5%-Klausel strukturell zu schwach, um eine eigenständige parlamentarische Funktion zu erkämpfen. Versucht sie aber bei Aufrechterhaltung ihrer sich von den Hartz-IV- und Kriegsparteien klar abgrenzenden inhaltlichen Positionen kurzfristig ihre Zugehörigkeit zu einem vermeintlichen SPD/Grüne/Linke-Lager wahlwirksam zu vermitteln, schwächt sie mittel- und langfristig den Aufbau einer eigenständigen, von der SPD unabhängigen Struktur und Identität.

Aus der Abwägung der verschiedenen Ursachenschichten bei der Erklärung unserer Wahlniederlage vom 20. Januar folgt daraus meines Erachtens

die ernüchternde Erkenntnis, dass wir diese Wahlen in der jetzigen politischen Grundkonstellation nicht haben gewinnen können. Weder andere Personen noch eine andere Kampagne noch „mehr Antikapitalismus“ oder „weniger Sektierertum“ noch andere denkbare Maßnahmen hätten uns an diesem 20. Januar 2013 in den niedersächsischen Landtag zurückgebracht.

Schritte zum Ausbau einer eigenständigen sozialistischen Partei

Es bleibt dieser trotz ungünstiger Konstellation auf über 100 000 Menschen zurückgebrannte Sockel unserer Wählerschaft. Ich kann mir für unsere Partei Die Linke keine andere Perspektive vorstellen als die, diesen Sockel durch beharrliche, diesen Menschen gegenüber höfliche, freundliche und inhaltlich klare Arbeit so zu vergrößern, dass wir in der Lage sind, als eigenständige Kraft und damit jederzeit das zu erreichen, was uns 2008 durch eine beglückende Zufallskonstellation gelungen ist: Der Einzug in den niedersächsischen Landtag.

Die Chance, eine solche Perspektive überhaupt zu haben, dürfen wir uns nicht gering reden. Wir dürfen sie auch nicht verspielen. Wir dürfen vor allem diese über 100 000 Menschen nicht verprellen, die gestern Abend enttäuscht vor den Bildschirmen gesessen haben. Eine in erstaunlichem Umfang ge-

Linke Nordrhein-Westfalen wählt ihre Landesliste für den Bundestag

Der Hang zur harten Linie

Am 3. und 4. Februar wählte die Landesvertreter_innen-Versammlung der nordrhein-westfälischen Linken ihre Liste für den Bundestag. Bis auf Platz eins, auf dem Sahra Wagenknecht mit triumphalen 93,1 % als Spitzenkandidatin an Rhein und Ruhr aufgestellt wurde, war jeder der quotierten Listenplätze hart umkämpft. Lediglich auf den gemischten Plätzen sah es weniger spannend aus. Die politische Tendenz der Liste ist dabei eindeutig.

Sahra Wagenknechts Spitzenkandidatur war bereits seit Monaten professionell vorbereitet worden. Schon im November 2012 gab es einen Beschluss des Landesrates, in dem Sahra Wagenknecht zur Kandidatur aufgefordert wurde. Zuvor hatte es bereits einen längeren Prozess der Diskussion im Landesverband und einen Beschluss des Landesvorstandes gegeben. Für diese fast übervorsichtige Vorbereitung gab es Gründe. Hatte doch die kurzfristige Kandidatur der damaligen Landesvorsitzenden Katharina Schwabedissen auf Platz eins der Landesliste für den Landtag nicht nur innerparteilich für Unmut gesorgt, sondern auch die erhoffte öffentliche und innerparteiliche

Dynamik für den Landtagswahlkampf nicht entfaltet. Bei Sahra Wagenknecht wurde es anders gemacht und mit Erfolg. Höchstens Außenstehende fragen sich, wie es Sahra Wagenknecht als auch innerparteilich gebrandmarktes Enfant terrible der PDS inzwischen zur unangefochtenen Spitzenfrau gebracht hat. Denn innerparteilich überrascht das überzeugende Ergebnis kaum. Schließlich liegen zwischen der PDS der 90er Jahre und der Linken im Jahr 2013 gefühlte Welten.

Bereits auf Platz zwei musste sich der rentenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Matthias W. Birkwald einer spontanen Gegenkandidatur des ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden und bekennenden linksdogmatischen Hardliners Thiess Gleiss stellen. Dennoch konnte Birkwald den Listenplatz mit über 75 % der Stimmen erobern. Das zeigt deutlich zwei Dinge: Erstens scheinen kurzfristige populistische Spontankandidaturen auf Spitzenplätze nicht mehr so stark belohnt zu werden wie noch in der Phase der Parteigründung. Zweitens meinte die Partei, auf einen versierten Fachpolitiker im Kernbereich der Par-

teiprogrammatik nicht so leicht verzichten zu können; und das obwohl das Mitglied der Sozialistischen Linken durchaus schon mit sozialpopulistischen Hardlinern im Landesverband aneinandergeraten ist.

Auf den folgenden fünf Plätzen, die noch als einigermaßen sicher gelten, ergab sich ein einheitliches Bild: Die beiden gemischten Plätze vier und sechs waren mit dem Europapolitiker Andrej Hunko und dem Entwicklungspolitiker Niema Movassat mit jeweils deutlich über 85 % Zustimmung und ohne ernstzunehmende Gegenkandidaten unbestritten. Lediglich auf den quotierten Plätzen gab es Konkurrenz кандидaturen von amtierenden Bundestagsabgeordneten. Da sich die bisherige Landesgruppe von elf Abgeordneten auf voraussichtlich nicht mehr als sieben verkleinern wird, war das voraussehbar gewesen. Das Ausscheiden des Verteidigungspolitikers Paul Schäfer und der Wirtschaftspolitikerin Ulla Lötzer – beide Mitglieder der Sozialistischen Linken – hatte diese Lage dabei nur wenig entspannt.

Auf Platz drei setzte sich die bereits seit 1990 amtierende Innenpolitikerin Ulla Jelpke gegen Ingrid Remmers durch, die ein zweites Mal in den Bundestag kommen wollte, und bislang Mitglied im Petitionsausschuss

wachsene Gruppe von Menschen, die mit uns der Meinung sind, dass für eine bessere Zukunft nicht nur kleine, sondern grundsätzliche Änderungen in dieser Gesellschaft notwendig sind.

Wie hegen wir diese Kraft, die zu gering war, uns wieder in den Landtag zu bringen und die gleichzeitig unsere einzige Hoffnung ist, künftig wieder eine stärkere Rolle bei der Öffnung dieses Landes für eine bessere Gesellschaft zu spielen?

Zunächst und vor allem habe wir die Aufgabe, die Auswertung dieser Niederlage so zu betreiben, dass unsere Landespartei in der unvermeidlich vor uns liegenden Schwächeperiode nicht in sich befehlende Gruppen zerfällt.

Zweitens haben wir die Aufgabe, gemeinsam das zu hegen und zu pflegen, was wir durch die Arbeit der letzten Jahre aufgebaut haben. Das betrifft vor allem die immerhin 240 kommunalen Mandatsträger, die wir bei den Wahlen im September 2011 errungen haben. Sie sind jetzt stärker als zu Zeiten mit einer Landtagsfraktion unsere Gesichter in der Öffentlichkeit.

Drittens haben wir die Aufgabe, unsere Betriebs- und Personalräte und gewerkschaftlichen Funktionsträger so zu stärken und zu stützen, dass wir die jetzt drohende Rückentwicklung der Gewerkschaften zu einer sozialdemokratischen Richtungsorganisation verhindern und stattdessen antika-

pitalistische und sozialistische Perspektiven in den Gewerkschaften und von ihnen ausgehend in den Betrieben stärken.

Und viertens haben wir die Aufgabe, die Bildungsarbeit so zu verstärken, dass – fußend auf dem, was Marx und Luxemburg uns hinterlassen haben – die Einsicht in die Notwendigkeit eines anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems weiter wächst. Wir gehen davon aus, dass die Krise dieses Systems nicht überwunden ist, sondern am Anfang steht und wachsende soziale Verzweiflung im Inneren sowie Kriege überall auf der Welt bringen wird. Wer in dieser Situation die Bildungsarbeit vernachlässigt, handelt politisch verantwortungslos.

Das alles kann eine Partei alleine nicht. Deutlich geworden ist an unserer Niederlage eben auch, dass es kein die Partei umgebendes, sie nährendes Umfeld in dem Umfang gibt, das das Erringen parlamentarischer Positionen sichert. Das ist bei der CDU mit Kirchen, Schützen- und Sportvereinen, Feuerwehren und Stammtischen, bei der SPD mit Gewerkschaften, AWO, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, bei Grünen mit Biohöfen, alternativen Kulturzentren und Bürgerinitiativen und sogar der FDP mit Industrie- und Handelskammern und Rotary-Clubs anders. Wenn es der – kleingeschriebenen – Linken nicht gelingt, ein ähnliches

gesellschaftliches Gewebe zu schaffen, das die Partei Die Linke stützt, wird jede Wahl entweder zum heroischen Opfergang oder zur Zitterpartei. Diese Einsicht – wenn sie denn trifft – hat eine praktische Konsequenz: Die wirkungsvollste Arbeit für unsere Ziele macht nicht derjenige Mensch, der alle Abende und die Wochenenden obendrauf auf Sitzungen und bei Aktionen der Partei verbringt. Mittel- und langfristig wirkungsvoller ist der- oder diejenige, den viele Sportler kennen, die mit ihrem Cellospiel Mitmusizierende und -hörer begeistert, der in seinem Betrieb anerkannt ist und viel Zeit freundlich diskutierend mit Menschen verbringt, die nicht seiner Meinung sind, die aber anerkennen, dass er sich gezielt bei Demonstrationen engagiert und von dem sie wissen, dass dieser Mensch bei den Linken ist.

Über allem aber steht unsere Gewissheit, dass sich unsere Partei von dieser Niederlage nicht wird knicken lassen. Die Linke in Deutschland hat schon ganz andere Rückschläge verdaut. Freut Euch da oben nicht zu früh. Uns kriegt ihr nicht weg. Wir kommen wieder – für und mit den 100 000, die jetzt schon hinter uns stehen und den Weiteren, die wir beharrlich für eine wirkliche andere Politik gewinnen und in Bewegung bringen werden.

*Manfred Sohn,
21. Januar 2013*

des Bundestages war. Die als stramm fundamental orientiert geltende Jelpke, die im autonomen Spektrum einen Namen hat, setzte sich mit knapp 60 % sehr deutlich gegen Remmers durch, die im LandessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken sitzt.

Auf Platz fünf gewann die Bochumer Migrationspolitikerin Sevim Dagdelen überraschend knapp gegen die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Bundestag, Kathrin Vogler. Dagdelen, die Mitglied bei DiDF ist, gilt als deutlich linkspopulistisch, Vogler wird eine gemäßigte Neigung zur Realpolitik nachgesagt.

Schließlich gelang es Vogler dann auch auf Platz sieben Inge Höger zu verdrängen, die eine dritte Amtszeit im Bundestag erreichen wollte. Höger, die sich wegen ihrer prononcierten Äußerungen zur israelischen Politik öfter öffentlich dem Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt sah, ist auch innerhalb der Reihen des linksdogmatisch orientierten Lagers nicht unumstritten.

Dennoch konnte Inge Höger sich auf Platz neun gegen die amtierende Landesvorsitzende Gunhild Böth durchsetzen. Böths Kandidatur auf einem voraussichtlich nicht mehr sicheren Listenplatz war im Landesverband auf Kritik gestoßen, auch wegen ihrer un-

klaren Begründung für diesen Schritt.

Noch einmal Spannung gab es auf Platz acht, auf dem sich der frühere Landesvorsitzende und Wahlkampfleiter der letzten Landtagswahl Hubertus Zdebels gegen den Wuppertaler Ratsherrn und Vordenker der Sozialistischen Linken, Bernhard Sander, durchsetzte. Überraschend war, dass bei Zdebels Kandidatur die Frage nach seiner Mitverantwortung für das katastrophale Landtagswahlergebnis vor einigen Monaten und seinen anschließenden Verzicht, wieder als Landesvorsitzender zu kandidierten, nicht thematisiert wurde.

Insgesamt zeigt die Liste deutlich, dass sich das Verhältnis in der Landesgruppe hin zu denjenigen verändert hat, die statt realpolitischer Alternativen

eher auf die harte Linie setzen. Das lässt aber nicht zwingend auf eine verschärfte Stimmung im Landesverband schließen. Auf den umkämpften Plätzen haben sich zwar Hardliner durchgesetzt, die aber zugleich auch ein größeres politisches Standing im Landesverband hatten, mehr in der Öffentlichkeit standen und Themen fürs linke Herz bieten konnten. Auf den oberen gemischten Plätzen fehlten schlicht Gegenkandidaten aus dem Realo-Lager. Man kann vermuten, dass es mehr Spielräume für realpolitisch orientierte Positionen gäbe, wenn diese mit Personen verknüpft und intelligent ins Gespräch gebracht würden. Daran – so wird man festhalten müssen – fehlte es allerdings an diesem Listenparteitag.

Jonas Bens

Entwurf Wahlprogramm Die Linke

Der Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn teilt in einem Brief an die Mitglieder mit, dass sich der Vorstand für eine vorzeitige Veröffentlichung des Diskussionsstandes zum Programm für die Bundestagswahl entschlossen habe. Es sei durch „die auszugswise Veröffentlichung einzelner Passagen des momentanen Diskussionsstandes in den Medien eine neue Situation ein-

getreten: zum einen werden Inhalte des Textes teilweise unkorrekt oder verkürzt wiedergegeben, zum anderen können die Mitglieder unserer Partei dieser öffentlichen Diskussion nur ratlos folgen, denn sie kennen ja noch keinen Text, zu dem sie sich verhalten können.“ Der Link zum Entwurf lautet: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/Entwurf_BTWProgramm.pdf.

Die Türkei, der Syrienkonflikt und die Kurden

In den türkischen Medien wird die Politik der regierenden AKP unter Ministerpräsident Erdogan oft als eine Renaissance des Osmanischen Reiches charakterisiert. Die Türkei versucht, sich in dem politischen Umbruch im Vorderen und Mittleren Osten als politisches Vorbildmodell und Stabilitätsfaktor zu etablieren und ihre Einflusszonen auszuweiten. Erfolgreich expandierte die Türkei in den letzten Jahren wirtschaftlich in diesen Raum, in der Regel in die Staaten, die im politischen Umbruch sind wie Irak, Ägypten oder Tunesien. Auf der anderen Seite floss viel Investitionskapital aus Saudi-Arabien, Kuwait und den Emiraten in die Türkei. Doch diese Politik ist gerade von den politischen Umbrüchen bedroht.

Im Irak jongliert die Türkei zwischen der Zentralregierung und der kurdischen Regierung im Nordirak. Die politischen Verhältnisse sind im Irak äußerst fragil, verschiedentlich wird von bevorstehendem Bürgerkrieg gesprochen. Hier stoßen die Interessen des öl- und gasreichen kurdischen Nordens mit denen der Zentralregierung zusammen. Das hat dazu geführt, dass die Türkei mit der politisch stabilen kurdischen Regierung unter Barzani offizielle diplomatische Verbindungen aufgenommen hat. Damit ist sie erstmals von ihrer Position abgewichen, dass sie keinen kurdischen Teilstaat oder Staat tolerieren wird.

Im Iran und in Syrien sieht sich die Türkei in ihrem Grenzgebiet ebenfalls mit kurdischen Autonomiebestrebungen konfrontiert. Besonders in Syrien ist in der jetzigen Situation vollkommen ungewiss, wie der Bürgerkrieg ausgeht. Die syrische Opposition ist politisch tief gespalten zwischen demokratischen, nationalistischen und religiösen Gruppierungen. Teilweise sind Warlord-ähnliche Verhältnisse wie in Afghanistan anzutreffen.

Die kurdische Region in Nordsyrien entlang der türkischen Grenze ist zu mehr als 50 % unter Kontrolle der PKK-nahen PYD (Demokratischen Kurdischen Union). Zu ihren Anhängern soll etwa die Hälfte der kurdisch-syrischen Bevölkerung zählen. Nach anfänglichen Auseinandersetzungen unter den kurdischen Gruppen haben diese sich unter Vermittlung der nordirakischen kurdischen Regierung unter Barzani zu einem Hohen Kurdischen Rat zusammengeschlossen. Ihm gehören sowohl Vertreter der PYD-geführten Volksrats von Westkurdisten als auch der Kurdische Nationalrat Syriens mit über einem Dutzend Kleinparteien an. Während Barzani über die vom Nordirak finanzierten Satellitenparteien

den Einfluss auf Syrisch-Kurdistan ausdehnen will, hofft die PYD so auf diplomatische und internationale Anerkennung.

Die militärischen Kräfte der PYD, es sollen ca. 10 000 Kämpferinnen und Kämpfer sein, haben bisher verhindert, dass sich andere bewaffnete Oppositionsgruppen in diesen Gebieten aufhalten. Zu den immer mehr von sunnitischen Islamisten dominierten Oppositionsgruppen sind die kurdischen Organisationen auf Distanz gegangen, sie fürchten, dass ihre Autonomiebestrebungen unterdrückt werden. Die jahrzehntelange Ethnisierung des Konflikts durch das Assad-Regime trägt auch hier Früchte.

Die Kurden machen rund zehn Prozent der Bevölkerung Syriens aus. Den seit März 2011 anhaltenden Aufstand gegen das Assad-Regime nutzen sie, eine Selbstverwaltung in ihren Gebieten aufzubauen. Dazu wurden eigene Polizeikräfte und Milizen geschaffen, eigene Schulen und Kulturzentren wurden errichtet.

Eine grenzüberschreitende Verbindung zwischen den kurdischen Strukturen in der Türkei und in Syrien und dann vielleicht noch im Irak ist für Regierung und Militär in der Türkei ein Albtraum. Als Konsequenz unterstützt die regierende AKP islamistische Gruppierungen. Sie liefert ihnen Waffen, bildet sie militärisch aus, leistet Logistik. Die schweren Kämpfe an der türkisch-syrischen Grenze sind von

salafistischen Gruppierungen wie die Al-Nusra-Front („Unterstützerfront“), Katibat al-Ghuraba („Bataillon der Fremden“) und anderen Gruppen wie etwa die Liwa at-Tawhid („Brigade der Einheit“), die dem Umfeld der Freien Syrischen Armee (FSA) zugerechnet werden, von türkischem Gebiet aus begonnen worden. Mit türkischen LKWs und Panzern stießen sie bisher vergeblich gegen die Stellungen der PYD vor. Aus der Stadt Ras al-Ain sollen deshalb etwa die Hälfte der rund 50 000 Stadtbewohner geflüchtet sein.

Die türkische Regierung und das türkische Militär wollen verhindern, dass in Syrien die Kurden einen offiziellen Status erhalten und eine autonome Region gründen, was eine Ermutigung für den kurdischen Aufstand im eigenen Land wäre und eine Vormachtstellung der Türkei in diesem Raum in Frage stellen würde.

Deshalb droht die türkische Regierung unablässig, dass sie in den Konflikt in Syrien eingreifen wird, einmal unter dem Motto Wahrung der Menschenrechte, das andere Mal offen gegen eine kurdische Autonomie.

Im Falle einer militärischen Aktion müsste die Türkei mit syrischer Gegenwehr rechnen. Bisher hat die Türkei deshalb noch keine große Militärkonzentration an der türkisch-syrischen Grenze zusammengezogen. Unter dem Schutz der Patriot-Raketen wäre das möglich.

Rudolf Bürgel

Morde in Paris überschatten Verhandlungen zwischen Türkei und PKK

Seit dem letzten großen Hungerstreik kurdischer politischer Gefangener in der Türkei ist wieder bekannt, dass die türkische Regierung Verhandlungen mit der PKK und dem seit 1999 im Gefängnis einsitzenden Abdulla Öcalan über eine Beilegung des 40 Jahre andauernden türkisch-kurdischen Konflikts führt. Ein Jahr zuvor waren erste Verhandlungen in Oslo an Veröffentlichungen in türkischen Medien und militärischen Aktionen gescheitert. Auch jetzt wird versucht, Verhandlungen zwischen der Türkei und der PKK zum Scheitern zu bringen.

Am 9. Januar wurden im kurdischen Informationsbüro Paris drei Vertreterinnen der kurdischen Freiheitsbewegung kaltblütig ermordet. Sakine Cansiz war 1978 Mitbegründerin und eine der führenden Persönlichkeiten der PKK, saß mehr als zehn Jahre im Gefängnis, führte nach ihrer Freilassung die kurdische Frauenbewegung

und baute die Fraueneinheiten der kurdischen Guerilla auf, Fidan Dogan war die französische Vertreterin im kurdischen Nationalkongress KNK und Leyla Saylemez war kurdische Jugendaktivistin.

Direkt nach dem Mord meldeten sich der türkische Regierungssprecher, der Innenminister und auch Ministerpräsident Erdogan öffentlich zu Wort und behaupteten eine innerkurdische Auseinandersetzung und Abrechnung. In der Folgezeit fielen Erdogan und der ehemalige Innenminister und stellvertretene AKP-Vorsitzende Sahin mit Äußerungen auf, dass die französischen Behörden trotz mehrfacher Aufforderung Sakine Cansiz nicht festgesetzt und an die Türkei ausgeliefert habe. Gegen weitere führende kurdische Kader würden seit Jahren Auslieferungsanträge in Frankreich, Belgien und Deutschland bestehen. Diese würden ignoriert. Deshalb solle

sich keiner wundern, wenn ähnliche Vorfälle in Europa passieren würden. Sahine erklärte auf einer Wahlveranstaltung: „Wir machen die Länder der EU, Frankreich und Deutschland immer wieder darauf aufmerksam. Wir sagen ihnen, dass sie falsch handeln, indem sie die Mitglieder der PKK-Terrororganisation in ihren Ländern freies Handeln gewähren. (...) Wir haben so oft die Auslieferung von PKK-Mitgliedern verlangt. (...) Aber so langsam sehen sie auch, was ihnen dadurch zustoßen kann. Ich befürchte, dass sich in den folgenden Tagen und Wochen auch in Deutschland ähnliche Vorfälle ereignen können. Deswegen denke ich, hat die Türkei die Verantwortung sich von dieser Last zu befreien.“

Die Zeitung Hürriyet hatte im Oktober 2012 eine Regierungsvorlage veröffentlicht, nach der die türkische Regierung Kopfgelder in Höhe von bis zu vier Millionen TL für die 50 führenden PKK-Kader aussetzt. 20 der führenden Kader sollen sich im westlichen Europa befinden. Zübeyir Aydar vom KCK-Exekutivrat berichtete, dass seit 2011 nach dem Ende der Osloer Verhandlungen türkische Todesschwadronen in Europa aktiv seien und dass britische, belgische und deutsche Polizeibehörden potentielle türkische Attentäter in den letzten Jahren festgenommen hätten.

Mittlerweile haben die französischen Behörden einen Täter festgenommen. Der verdächtige Güney stammt aus einer erzkonservativen Familie aus Sivas, die gegenüber türkischen Medien erklärte, sie seien „Türken, reine Türken“ und laut dem Dorfman immer die „Grauen Wölfe“, also die MHP, wählen. Güney hatte mehrere Jahre im bayerischen Schliersee gelebt und war dort durch nationalistische und faschistische Gesinnung aufgefallen. In seiner Facebook-Seite bekannte er sich zur AKP. 2010 zog er nach Paris. Dort trat er in den kurdischen Verein ein und arbeitete aktiv besonders als Dolmetscher mit und erwarb so Vertrauen in der kurdischen Gemeinde. Oft reiste er in die Türkei, 2012 allein acht Mal. Dort hielt er sich nicht bei seiner Familie auf, sondern in Ankara. Vor wenigen Tagen erklärte ein Agent des türkischen Geheimdienstes MIT in der Schweiz gegenüber der kurdischen Zeitung Yeni Özgür Politika, dass Güney Auftragsmörder des MIT sei. Zudem wurde bekannt, dass der führende MHPler und als Jitem-Mitglied bekannte Gürbüz vom 8. bis 10. Januar in Paris war. Die Jitem wird für Hunderte Morde „unbekannter Täter“ an oppositionellen Kurden in den 1990er Jahren verantwortlich gemacht.

Die Ermordung der drei kurdischen Aktivistinnen löste weltweit eine Welle von Demonstrationen und Beileidsbekundungen aus. In ganz Europa, den



USA, Südamerika, Thailand, den Philippinen, Irak, Syrien usw. fanden Demonstrationen statt, die größte in Paris mit mehr als 100 000 Menschen. Begleitet von Familienangehörigen und den Vorsitzenden und Parlamentsabgeordneten der BDP wurden die mit den Fahnen der PKK bedeckten Särge auf dem Flughafen von Istanbul von einer riesigen Menschenmenge empfangen. Die zentrale Trauerfeier fand in Diyarbakir am 17. Januar statt, wo über Nacht die Särge im mit kurdischen Fahnen beflaggten Rathaus aufgebahrt worden waren. Hunderttausende nahmen an den Trauerfeierlichkeiten in Diyarbakir teil. Danach wurden die Leichname in Autokonvois nach Dersim (Tunceli), Elbistan und Mersin gebracht, wo wieder Zehntausende ihnen das letzte Geleit gaben. In ganz Kurdistan blieben an beiden Tagen die Geschäfte geschlossen.

In ihren Ansprachen erklärten zahlreiche Parlamentsabgeordnete der BDP, dass die Ermordung der drei kurdischen Frauen ein Anschlag auf die Frauenbewegung und die Führung der kurdischen Bewegung sei und den Frieden und die Völkerfreundschaft treffen. Die kurdische Bewegung setze Hoffnungen in die Friedensgespräche.

Anfang Februar wird der deutsche Innenminister Friedrich nach Ankara reisen. Gegenüber der Tageszeitung Today's Zaman sagte er: „Die Bereitschaft zu Dialog und Gesprächen ist sehr wichtig, um Meinungsverschiedenheiten zu lösen. Als deutscher Innenminister bin ich bereit, zur Lösung des PKK-Problems beizutragen, wenn es irgendetwas gibt, das ich tun kann.“ Öcalan habe maßgeblichen Einfluss auf die PKK. Der türkische Staat glaube, dass Gespräche mit dem „Terroristenführer“ zu einem Fahrplan für den Rückzug der „PKK-Terroristen“ aus



Die Trauerfeiern in Diyarbakir (oben) und Dersim (unten) für die getöteten Frauen waren machtvolle Demonstrationen der kurdischen Bewegung.

der Türkei und schließlich zu ihrer Entwaffnung führen werden. Mit dem türkischen Innenminister Güler wollte er eine engere „Kooperation zwischen der Türkei und Deutschland gegen den Terrorismus diskutieren“.

Zu den Berichten türkischer Medien über einen Rückzug kurdischer Guerilla aus der Türkei in den Nordirak erklärte der KCK-Exekutivrat, dass keinerlei Verhandlungen darüber stattfänden. Der KCK unterstütze die Gespräche zwischen der türkischen Regierung und Abdullah Öcalan. Wenn die AKP an einer Weiterführung der Gespräche interessiert sei, müssten die Morde von Paris aufgeklärt werden.

Derzeit versucht die türkische Regierung mit fortgesetzten Flächenbombardements von Stellungen der PKK-Guerilla im Nordirak und militärischen Aktivitäten innerhalb der Türkei und weiteren Inhaftierungen kurdischer Politiker in der Türkei, die Führung der kurdischen Bewegung zu treffen.

Das zeigt, wie instabil die Verhandlungen sind und dass sich innerhalb des türkischen Staates die Befürworter einer friedlichen Lösung des kurdischen Konflikts mit Anerkennung der kurdischen Identität noch lange nicht durchgesetzt haben. (rub)

Finanzkrise zerstört weltweit Jobs

Die weltweite Beschäftigungskrise hat sich in 2012 weiter verschärft, wie jetzt die Internationale Arbeitsorganisation ILO, eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, in ihrem aktuellen Bericht zur Beschäftigungsentwicklung aufzeigt. Im fünften Jahr nach Ausbruch der globalen Finanzkrise stieg die Zahl der Arbeitslosen um vier Millionen auf mehr als 197 Millionen. Dieser Trend hält an. Die ILO prognostiziert, dass die weltweite Rezession in 2013 weitere 5,1 Millionen Arbeitsplätze vernichten wird. Wenn dieser Negativtrend nicht gestoppt wird, dann rechnet die ILO in den kommenden fünf Jahren mit einem Anstieg der Zahl der Arbeitssuchenden auf über 210 Millionen; zweieinhalbmal so viele wie Deutschland Einwohner hat. Am deutlichsten ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern. Die Krise in Europa zieht jedoch zunehmend auch andere Länder in Mitleidenschaft. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Menschen, die noch nicht arbeitslos sind, trotzdem unterhalb oder nur knapp über der Armutsgrenze leben. 397 Millionen Menschen mit Arbeit leben in extremer Armut, weitere 472 Millionen Menschen können das zum Leben Notwendigste nicht regelmäßig verdienen. Besonders bitter ist es für Jugendliche, die immer häufiger keinen Einstieg ins Berufsleben bekommen. 2012 waren 73,8 Millionen Jugendliche ohne Arbeit.

Quelle: <http://www.verdi.de> 24.1.13

Europäische Gewerkschaften gegen Sozialdumping

Die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF) und mehrere ihr angeschlossene Gewerkschaften haben sich dem Appell von zwei weiteren europäischen Gewerkschaftsverbänden und des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) angeschlossen, Diskriminierung und Verstöße gegen die sozialen Rechte von entsandten Arbeitnehmer/innen auszumerzen. Etwa 4 000 Beschäftigte und Aktivist/innen beteiligten sich am 23. Januar 2013 an einer Kundgebung vor dem Gebäude der Europäischen Kommission in Brüssel (Belgien). Der Protest gegen grenzüberschreitendes Sozialdumping und Ausbeutung wurde von der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) und der Europäischen Föderation der Agrar-, Lebensmittel- und Tourismusbeschäftigten (EFAT) organisiert. Die Gewerkschaften wehren sich gegen Praktiken im europäischen Verkehrssektor, bei denen Beschäftigte grenzüberschreitend zugunsten von Unternehmensprofiten als billige Arbeitskräfte ausgebeutet und ihrer sozialen Rechte beraubt werden.

Sie drängen die EU, das gravierende Problem des Sozialdumpings bei Löhnen, Beschäftigungsbedingungen und Sozialschutz endlich anzugehen. Sie fordern das Weiteren eine Europäische Vollstreckungsrichtlinie, die konkrete Maßnahmen zur Einstellung solcher Praktiken vorsieht sowie gleiche Rechte und gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit garantiert. Die EFBH hat eine Webseite eingerichtet, auf der Erfahrungsberichte von europäischen Beschäftigten und Beispiele für Sozialdumping zusammengestellt sind: <http://www.stop-social-dumping.eu/>. Im vergangenen Jahr organisierten die ETF und ihr angeschlossene Gewerkschaften Aktionen zu den Auswirkungen von Sozialdumping im Straßen-transport und im maritimen Bereich.

Quelle: <http://www.itfglobal.org> 29.1.2013

Europäische Proteste gegen Ausweitung der Flugdienstzeiten

Unter dem Motto „Walkout for Safety“ organisierten europäische Pilot/innen und Flugbegleiter/innen am 22. Januar Arbeitsniederlegungen in Flughäfen in über 15 europäischen Ländern, um gegen die neu vorgeschlagenen EU-Flugzeitregelungen zu protestieren. Die Vorlage der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) sieht vor, dass Flugzeugbesatzungen 20 bis 22 Stunden lang im Dienst sein können und Nachtflüge länger als 12 Stunden dauern dürfen, obwohl wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass das Sicherheitsrisiko nach 10 Stunden Dienst erheblich zunimmt. Mit dem Aufruf an ihre Mitglieder zur Beteiligung an diesem Aktionstag möchten die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF) und die Europäische Cockpitvereinigung (ECA) auf mögliche Gefahren für die Sicherheit der Fluggäste aufmerksam machen. Die Empfehlungen der EASA werden derzeit von der Europäischen Kommission (EK) geprüft, die voraussichtlich bis Ende 2013 eine Neufassung der Luftsicherheitsverordnung von 2008 verabschieden wird. Die neuen Vorschriften sollen im Jahr 2015 in Kraft treten. In Brüssel wurde Siim Kallas, dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und Kommissar für Verkehr, und Brian Simpson, dem Vorsitzenden des Verkehrsausschusses des Europaparlaments, eine Unterschriftensammlung mit mehr als 100 000 Unterschriften übergeben. Vor der Europäischen Kommission und dem Europaparlament wurden Flugblätter verteilt, in denen die Politiker/innen aufgefordert wurden, der Sicherheit der Fluggäste Vorrang vor den kommerziellen Interessen der Fluggesellschaften zu geben. Anschließend hielten die ECA und die ETF eine gemeinsame Pressekonferenz ab. Weitere Aktionen, darunter Sitz-

blockaden, Demonstrationen und Flugblattaktionen fanden in Österreich, Belgien, Bulgarien, Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kroatien, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, Portugal, Schweden, Spanien und Zypern statt.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 23.1.2013

Türkei: Konflikt bei DHL verschärft sich

Seit Monaten gibt es zwischen Management und Belegschaft der Deutschen Post DHL in der Türkei einen Konflikt. Die Beschäftigten wollen sich gewerkschaftlich organisieren, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Doch das Management entlässt Beschäftigte, die in der Gewerkschaft aktiv sind mit fadenscheinigen Gründen. Denn DHL will den für Aufnahme von Tarifverhandlungen erforderlichen gewerkschaftlichen Organisationsgrad verhindern. Ein Gutachten des Arbeitsforschers Prof. John Logan von der San Francisco State University belegt das entsprechend systematische Vorgehen des Unternehmens. Auch konnten sich Vertreter von Verdi bei



einem Solidaritätsbesuch selbst ein Bild der Lage vor Ort machen. Der Pausenhof ist durch ein Gitter eingezäunt, um zu verhindern, dass die Beschäftigten in Kontakt mit ihren streikenden Kolleginnen und Kollegen kommen. Käfig statt Demokratie ist keine Lösung! Inzwischen hat das Management unter Anwendung von Repressionen begonnen, die Beschäftigten in eine andere neu gegründete Gewerkschaft zu zwingen. Ganz offenbar versucht das Management damit, die Belegschaft zu spalten. Wir erwarten von der Deutschen Post DHL, dass sie das Recht der Beschäftigten auf freie gewerkschaftliche Organisation akzeptiert. Die gekündigten Gewerkschaftsmitglieder müssen wieder eingestellt werden. Eine Kündigung weiterer Gewerkschaftsmitglieder hat zu unterbleiben. Repressalien gegenüber Beschäftigten, um sie zum Beitritt in gefällige Gewerkschaften zu zwingen,

sind umgehend zu unterbinden. Immer wieder gibt es in einzelnen Landesgesellschaften der Deutschen Post DHL Verstöße gegen Gewerkschaftsrechte. Deshalb haben UNI und ITF eine Beschwerde bei der deutschen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze eingereicht. Schon lange fordern Verdi, UNI und ITF von dem Unternehmen Deutsche Post DHL ein internationales Abkommen abzuschließen. Damit könnte eine weltweit verbindliche Grundlage für den Umgang mit Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten geschaffen werden.

Quelle: <https://psl.verdi.de>, 15.1.2013

Katar: Nein zur Fußball-WM 2022

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) will mit einer Aktion auf die schlechten Bedingungen der Beschäftigten im Emirat Katar hinweisen. Katar ist Austragungsort der Fußball-Weltmeisterschaft 2022. Laut IGB wird rund 1,2 Millionen abhängig Beschäftigten untersagt, einer Gewerkschaft beizutreten. 94 Prozent von ihnen sind Wanderarbeitkräfte ohne jegliche Rechte. Zudem warnt der IGB vor der hohen Todesrate unter den Arbeitsmigranten. So kommen jedes Jahr allein etwa 200 nepalesische Arbeitskräfte ums Leben. Genaue Zahlen über Arbeitsunfälle gibt es nicht, weil Katar sich weigert, sie zu veröffentlichen. Der IGB fordert weltweit alle Menschen auf, sich an der Aktion im Internet zu beteiligen. Ziel ist es, ein virtuelles Fußballstadion voll Unterstützer/innen zu organisieren. Teilnehmen kann man auf der Internetseite <http://act.equaltimes.org/de>.

Iran: ITF setzt sich ein für Wiedereinstellung entlassener Beschäftigter

Die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) brachte die Entlassung von drei in der Gewerkschaft des Teheraner Buspersonals Sherkat-e Vahed organisierten Busfahrern gegenüber der iranischen Regierung zur Sprache. In Schreiben an den Staatspräsidenten und an den Arbeitsminister des Landes forderte ITF-Generalsekretär David Cockroft die sofortige Wiedereinstellung der Beschäftigten, nachdem er von Ebrahim Madadi, dem stellvertretenden Vorsitzenden dieser der ITF angeschlossenen Gewerkschaft über die Entlassungen informiert worden war. Bei den drei Busfahrern handelt es sich um Hasan Saiedi, Naser Mohramzadeh und Vahid Feraydouni. Sie alle sind aktive Gewerkschaftsmitglieder und wurden aufgrund ihrer Mitwirkung an einer Kampagne für bessere Bezahlung entlassen – ein Schritt der Geschäftsleitung, der eindeutig und direkt mit dem gewerkschaftlichen Engagement der Fahrer in Verbindung steht. Cock-



roft sagte gegenüber Madadi zu, dass die ITF „den Vorstand der Gewerkschaft Sherkat-e Vahed, der allerersten iranischen ITF-Mitgliedsorganisation, bei der Verteidigung der Rechte ihrer Mitglieder weiterhin uneingeschränkt unterstützen werde“.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 28.1.13

Bangladesch: Erneut Brandopfer bei KiK-Zulieferer

Bei einem weiteren Brand in einer Textilfabrik in Bangladesch sind am 26. Januar erneut sieben Arbeiterinnen ums Leben gekommen. An der Brandstelle wurden Label des Textildiscounters KiK gefunden. KiK und C&A sind bisher nicht, wie von der Kampagne für Saubere Kleidung gefordert, dem Brandschutzabkommen beigetreten. Auch die Entschädigungen für die Opfer des Brandes in der Tazreen-Fabrik vor zwei Monaten sind noch immer offen. Damals waren 112 Menschen gestorben. Dieses Mal hat es in der Fabrik Smart Export Garments gebrannt. Da das Feuer in der Mittagspause ausbrach, befanden sich glücklicherweise die meisten der 300 Arbeiterinnen außerhalb des Gebäudes. Dennoch mussten sieben Arbeiterinnen sterben, vier waren jünger als 17 Jahre. An der Brandstätte wurden Labels der Firma KiK gefunden, aber auch von spanischen und französischen Unternehmen. Gisela Burckhardt von der Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) klagt an: „Wie viele Menschen müssen noch sterben, bis endlich europäische Modemarken und Einkäufer handeln und für umfassende Sicherheit und Arbeitsschutz bei ihren Lieferanten Sorge tragen?“ Das von bangladeschischen und internationalen Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen entwickelte Brandschutzabkommen wäre in diesem Zusammenhang ein wichtiger Vorstoß. Bisher wurde dieses auf europäischer Seite nur von Tchibo unterzeichnet. Das EU-Parlament hat am 17. Januar 2013 das Brandschutzabkommen ebenfalls begrüßt und alle Markenunternehmen aufgefordert, diese Bemühungen zu unterstützen.

Quelle: <http://www.inkota.de>, 29.1.2013

China: Erneuter Streik bei Foxconn

Am 10. Januar 2013 begann abends in der Foxconn-Fabrik in Fengcheng, Provinz Jiangxi, ein Streik. Es ging um

Löhne und Arbeitsbedingungen. Am 11. Januar blockierten mehr als 1 000 Beschäftigte die Hauptstraße, bis Antiaufstandseinheiten der Polizei gegen sie eingesetzt wurden. Auch wenn Apple die Arbeitsbedingungen von Foxconn in China lobt, ist der Mitarbeiterumgang in einigen Betrieben immer noch katastrophal. So schlimm, dass letzte Woche die chinesische Arbeitsrechtsorganisation Students and Scholars Against Corporate Misbehavior (Sacom) mit neuen Vorwürfen an die Öffentlichkeit ging. Der monatli-



che Grundlohn in der Foxconn-Fabrik liegt bei 1.300 RMB (ca. 150 Euro). Trotz Überstundenzulagen kommen sie auf einen mageren Gesamtlohn, zumal ihnen noch Geld für Kantinenverpflegung und Unterkunft im Wohnheim abgezogen werden. Beschäftigte in der Lötabteilung bekommen nur alle zwei Tage eine neue Atemmaske aus Stoff, manchmal auch nur eine pro Woche. Das birgt große Gesundheitsrisiken, wie Sacom dem Apple-Zulieferer vorwirft. Im Winter wird es in Fengcheng kalt und es herrschen Temperaturen bis zu drei Grad Celsius. Im Wohnheim gibt es nur begrenzt heißes Trinkwasser, in den Badezimmern gab es lange gar kein heißes Wasser.

Quelle: <http://tuanjie.blogspot.de>, 12.1.2013

El Salvador: Flughafen-Gewerkschafter entlassen

Seit Mai 2011, als Beschäftigte des Unternehmens Aerodespachos im Bereich Flughafen-Bodendienstleistungen in El Salvador sich erstmals bei Sitiapes (der Industriegewerkschaft Luftfahrt und verwandte Industrien von El Salvador) organisierten, hat das Unternehmen sich geweigert, Tarifverhandlungen aufzunehmen, hat ein Gericht angerufen, um eine Ausnahme von der Garantie gewerkschaftlicher Organisationsfreiheit zu erhalten, und hat verschiedene Regierungsanweisungen zur Lösung von Sicherheitsproblemen ignoriert. Aerodespachos hat inzwischen 96 Beschäftigte – fast das gesamte Personal – entlassen, um die Zahl der Beschäftigten, die sich gewerkschaftlich organisieren wollen, zu reduzieren und damit den Organisationsanstrengungen die gesetzliche Grundlage zu entziehen.

Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net>, 13.1.2013

Volksbegehren gegen Studiengebühren erfolgreich

MÜNCHEN. Das Volksbegehren gegen Studiengebühren in Bayern war erfolgreich. Laut dem Bayerischen Landesamt für Statistik erreicht es nach einer ersten Rückmeldung aus den Landkreisen 14,4 Prozent. Prof. Dr. Michael Piazolo (Freie Wähler), Initiator des Volksbegehrens: „Ich bin begeistert von der hohen Beteiligung. Das ist gelebte Bürgerdemokratie. Ein bayernweites Ergebnis von 14,4 Prozent ist so deutlich, dass ich die CSU auffordere, jetzt nicht mehr zu taktieren, sondern endlich mit der Opposition abzustimmen, damit die Studierenden in Bayern möglichst schon ab dem kommenden Wintersemester keine Studiengebühren mehr zahlen müssen.“

<http://volksbegehren-studiengebuehren.de>

Dresden will demokratischen Protest verbieten

DRESDEN. Inzwischen ist Dresden ja bundesweit bekannt wegen seines „besonderen“ Verhältnisses zur Demokratie. Für Samstag, 2. Februar 2013, setzt die Stadt nun mal wieder das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit außer Kraft. Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ wollte zu einem „öffentlichen Innenstadttraining“ einladen. Die Stadt erteilte Auflagen, die die Versammlung in der gewollten Form unmöglich machen. Das Verwaltungsgericht Dresden bestätigte die Auflagen. Wir fragen uns jedoch, wann auch die Stadt Dresden, ihre Versammlungsbehörde und ihre Gerichte endlich lernen, dass die Bürger und Bürgerinnen selbst das Recht haben, über Inhalt und Form ihrer Versammlungen zu entscheiden? Nur wenn konkrete Belege für eine tatsächliche und unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vorliegen, können Auflagen erlassen werden, die ein sonst notwendiges Verbot vermeiden lassen ... Auch Blockaden stehen unter dem Schutz des Versammlungsrechts. ... Die Stadt Dresden argumentiert, NPD und Kameradschaften seien Minderheiten und deshalb müsse die Stadt deren Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schützen. So richtig es ist, dass das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit Minderheiten schützt, so absurd ist es, daraus die Konsequenz zu ziehen, der Staat müsse die Grundrechte der Rassist:innen schützen und dürfe hierfür die Grundrechte der anderen Bürger verletzen.

www.grundrechtekomitee.de

Die Frauenflüchtlingskonferenz in Hamburg

HAMBURG. Flüchtlingsfrauen sagen: „Es reicht!“ ... Gerade wir Frauen, die die meiste Ausgrenzung, Erniedrigung und Ausbeutung in ihrem (Flüchtlings-) Alltag erleben, sind kaum im

Kampf um die Befreiung und um die Besserstellung unserer Lebenssituation aktiv beteiligt. Der Frage nach der geringen Frauenbeteiligung sind wir auf dem Break Isolation Camp in Erfurt im Sommer 2012 nachgegangen. Frauen, die wir in den Flüchtlingslagern besucht haben, schilderten uns ihre Isolation, ihre Ausgrenzung und ihre Ängste sowie das Fehlen eines organisierten Kampfes von Flüchtlingsfrauen für ihre Rechte. Aus diesem Grund organisieren wir die erste Flüchtlingsfrauenkonferenz, zu der wir uns die folgende Frage stellen: Wie können wir uns noch stärker organisieren und für unser Recht auf politischen Widerstand eintreten? Gemeinsam möchten wir auf der Flüchtlingsfrauenkonferenz mit allen Frauen über die Situation in unseren Herkunftsländern, unsere spezifischen Migrations- und Fluchtgründe und über unser Leben hier in Deutschland mit allen sexistischen, rassistischen und ausgrenzenden Gesetzen diskutieren. Ziel der Konferenz ist die Bildung eines selbstorganisierten Frauenkampfes, der bei dem „internationalen Flüchtlingstribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland im vereinten Kampf gegen das koloniale Unrecht“ im Juni 2013 in Berlin zum Ausdruck kommen soll. Zur Mobilisierung für die Flüchtlingsfrauenkonferenz treffen wir uns mit euch in den Isolationscamps, Lagern, Heimen, Gemeinschaftsunterkünften und mit Frauenbündnissen, die bereits mit der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen zusammen arbeiten, um gemeinsam mit euch über eure Situation zu sprechen und über die Flüchtlingsfrauenkonferenz zu informieren. Flüchtlingsfrauenkonferenz vom 19. bis 21. April 2013 in Hamburg.

www.thecaravan.org/

Kinderhilfswerk und Unicef starten bundesweite Initiative „Kinderfreundliche Kommunen“

BERLIN. Ausgewählte Städte und Gemeinden in Deutschland können erstmals das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ beantragen. Auf der heutigen bundesweiten Auftaktveranstaltung des Vorhabens in Berlin wurden dazu die erforderlichen Standards und Bausteine vorgestellt. Mit dem Siegel unterstützen das Deutsche Kinderhilfswerk und Unicef Deutschland das Engagement zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auf lokaler Ebene. Der dazu gegründete Verein „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“ wird das Siegel an Städte und Gemeinden vergeben, die unter der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einen Aktionsplan für die lokale Umsetzung von Kinderrechten verabschiedet haben. Das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ bietet den

Kommunen die Möglichkeit, die Rechte von Kindern und damit den besonderen Schutz, die Förderung und die Beteiligung von jungen Menschen zu stärken. Die Pilotphase ist auf vier Jahre begrenzt, in dieser Zeit nehmen sieben Kommunen teil. Das Konzept der Initiative setzt folgende Schwerpunkte: die breite Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, ein international erprobtes und vergleichbares Verfahren anhand klarer Kriterien sowie die Nachhaltigkeit durch eine langfristig angelegte Prozessbegleitung. Bisher haben Hannau, Regensburg, Senftenberg, Weil am Rhein und Wolfsburg die entsprechenden Vereinbarungen unterzeichnet, weitere teilnehmende Städte sind voraussichtlich Halle (Saale) und Köln.

www.unicef.de

Altmaier und Kretschmann zerstören Vertrauen für einen gesellschaftlichen Konsens in der Atommüll-Frage

HAMBURG. Zum schwarz-grünen Versuch, die zukünftige niedersächsische Landesregierung bei der Frage der Atommüll-Lagerung auszubooten, erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“: „Vertrauen ist das wichtigste Gut, wenn es um die Überwindung des gesellschaftlichen Konflikts um den Atommüll geht. Nur wenn die Bevölkerung, nur wenn die Anwohner von möglichen Standorten für ein Atommüll-Lager Vertrauen in die handelnden Akteure haben, kann es gelingen, den Streit zu entschärfen. Der vorerst gescheiterte politische Coup von Bundesumweltminister Peter Altmaier und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zerstört dieses Vertrauen. Öffentlich haben alle Beteiligten erklärt, die Verhandlungen zum Endlagersuchgesetz würden erst wieder nach der Niedersachsen-Wahl aufgenommen – in Wirklichkeit wurde wochenlang im Geheimen weitergearbeitet. Öffentlich erklärte Altmaier, dass er abwarten werde, bis die neu gewählte Landesregierung in Hannover im Amt ist – tatsächlich versucht er, im Bündnis mit dem grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, das Gesetz noch vor der Wahl des neuen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD) festzuklopfen. Wahrscheinlich halten sich die Beteiligten an diesem Ränkespiel sogar für besonders begabte Taktierer. Sie haben dabei allerdings völlig vergessen, dass es beim Thema Atommüll nicht um die geschicktesten politischen Trickserien geht, sondern darum, mit größter Transparenz und umfassender Mitbestimmung einen wirklichen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Nur so entsteht das nötige Vertrauen in der Bevölkerung.“ www.ausgestrahlt.de

Mannheim: Mehrheit im Stadtrat für Bundesgartenschau im Jahr 2023

Nun hat der Hauptausschuss des Gemeinderats am Dienstag, den 29. Januar, nach monatelangen Diskussionen und einer ursprünglich nicht geplanten Zeitschleife von zwei Monaten mit Mehrheit der Buga-Beschlussvorlage als Empfehlung an den Gemeinderat zugestimmt: „Der Gemeinderat beschließt die Bewerbung die Bewerbung der Stadt Mannheim für die Austragung der Bundesgartenschau (Buga) bei der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (dbg) auf Grundlage der Machbarkeitsstudie vom 25.10.2012 und unter Berücksichtigung der folgenden zehn Punkte (...), die in der Arbeitsgruppe des Gemeinderates erarbeitet wurden.“

Es folgt u.a. die Festlegung, dass die Buga „als Einstieg in den großen Grünzug für sinnvoll und als Chance für die Stadtentwicklung erachtet wird.“ Die Verbindung all dieser Grünflächen soll nachhaltig geplant werden. Die Straße am Aubuckel muss in ihrer heutigen Form der Gelände Verbindung zwischen den Buga-Flächen Aubuckel und Spinelli Barracks weichen. Wie und eventuell alternativ wohin soll noch in einem Diskussionsprozess mit Bürgerbeteiligung geklärt werden. Fest steht dagegen, dass die Buga zu einem Drittel auf der Au und zu zwei Dritteln auf dem Spinelli-Gelände spielen soll, mit dem Höhengrungs zwischen ehemaligem Neckartal und dem Hochufer als Attraktionszentrum. Die Au „ist und bleibt Landschaftsschutzgebiet und hat die Chance einer höheren Inwertsetzung durch die Buga“. Die offenen Fragen der Ausgestaltung der Buga sollen „in Arbeitsgruppen mit Beteiligung des Gemeinderats und der Bürgerschaft“ geklärt werden. Eine Buga-GmbH soll von der dbg und der Stadt Mannheim, letztere als Mehrheitsgesellschafterin, gegründet werden als „gemeinsame Planungs-, Realisierungs- und Durchführungsgesellschaft“.

Gegen die Beschlussvorlage stimmte die Freie Wählervereinigung / ML. Diese hatte kurz zuvor noch einen Gegenentwurf eingebracht: Die Buga solle auf dem Neuostheimer Flugplatz stattfinden und den Flugplatz somit zu Ende zu bringen. Dass Letzteres über kurz oder lang unvermeidlich ist, hat sich inzwischen auch in der Verwaltung herumgesprochen. Die Verbindung dieses Gedankens mit der Buga durch die ML zeugt jedoch von beispielloser kommunalpolitischer Beliebigkeit: Zentraler Gedanke der Buga-Bewerbung ist der Vorteil, für die Herstellung des südöstlich-nordwestlich verlaufenden Grüngürtels die Konversionsflächen

einbeziehen zu können – ein für Mannheim und sein Stadtklima unbestritten positiver Plan. Spinelli stellt bisher ein „Missing-Link“ in diesem Grünzug-Plan dar. Durch die Einwerbung von Buga-Zuschüssen aus dem Bundes- und Landeshaushalt kann die Stadt Mannheim auch das Problem lösen, dass das Spinelli-Gelände nur zu einem geringeren Teil der BIMA gehört, dass sie selbst Mehrheitseigentümerin ist und sich auf eigene Rechnung mit der Sanierung und Begrünung gerade der mit endlosen Baracken bebauten Fläche zu befassen hätte. Ein Teil der Spinelli-Flächen ist in privater Hand. All dies interessiert die ML nicht. Sie hatte zwar im November 2011 selbst einen Antrag gestellt, die Buga genau auf den Flächen zu planen, auf denen sie nun tatsächlich realisiert werden soll. Doch diesen eigenen Antrag hatte die ML im Eifer ihres Profilierungsgefechts glatt vergessen.

Im Vorfeld der Hauptausschussscheidung hatte das Umweltforum immer wieder an den Gemeinderat appelliert, auf keinen Fall jetzt schon einer Beantragung der Buga zuzustimmen. Erst müssten alle Fragen geklärt sein, z.B. die Frage der Verkehrsführung und der Freiraumplanung; auch das Klima-Gutachten solle erst abgewartet werden.

Den Prozess der Bürgerbeteiligung wertet das Umweltforum in seinem letzten Brief an die Gemeinderäte als unecht. Es appelliert: „Beteiligen Sie die Bürger und Verbände jetzt – bevor Sie entscheiden! (...) Lassen Sie einen tatsächlichen Bürgerbeteiligungsprozess Wirklichkeit werden!“ Auch diese Position erscheint beliebig – man kann sie immer äußern, gleich wie der Beteiligungsprozess läuft. Er ist aber elf Jahre vor dem geplanten Ereignis angelaufen unter Beteiligung vieler interessierter BürgerInnen. Und unter heftigen Wortmeldungen betroffener Anlieger. Dieser Beteiligungsprozess und diese Wortmeldungen haben die ursprünglichen Vorschläge der Machbarkeitsstudie erheblich modifiziert. Ein wenig klingt der Appell der Umweltforums nach der Devise: „Demokratische Beteiligung sind wir nicht gewöhnt. Findet sie trotzdem statt, kann dies nicht sein, weil wir es anders gewöhnt sind.“ Außerdem scheint der Beteiligungsprozess dem Umweltforum möglicherweise dadurch suspekt, dass er zu teils anderen Ergebnissen kommt als das Forum.

Der Anspruch, im Landschaftsschutzgebiet der Au dürfe kein Gras halm umgepflanzt werden, ist angesichts der Tatsache, dass es sich um

äußerst gestaltete, überwiegend landwirtschaftliche „Natur“ handelt, schwer nachvollziehbar, zumal die Kategorie des „Landschaftsschutzes“ ausdrücklich touristische Nutzung zulässt. Dennoch äußert sich das Umweltforum, das für seine Mitgliedsverbände spricht, nicht grundsätzlich gegen die Buga.

Dies jedoch tut der Mitgliedsverband BUND. Dessen Regionalverband Rhein-Neckar-Odenwald erklärt:

„Investoren und Verbände treiben Bewerbung voran (...) Die gelieferten Vorschläge sind intransparent und mit negativen Auswirkungen auf Umwelt und Natur verbunden. Zudem liefern Bugas kaum Vorbilder für einen nachhaltigen Gartenbau und sind oft Kostenfallen. (...) Die Bundesgartenschauen werden von der Deutsche Bundesgartenschau GmbH vergeben, deren Gesellschafter die zentralen Verbände der Gartenbaubranche sind. Es handelt sich um mit Steuergeldern finanzierte Werbeveranstaltungen. Zudem wird auf diesen Veranstaltungen weder nachhaltiger noch naturnaher Gartenbau beworben, sondern vom Menschen gestaltete und geformte Natur mit hohem Einsatz von Pestiziden, Dünger, Torfsubstraten, Bewässerung und Pflege.“

Die Mannheimer und regionale Bevölkerung ist mit den Hinterlassenschaften der Buga 1975, dem Luisen-



Herzogenriedpark. Bild: Immanuel Giel, gemeinfrei
<http://de.wikipedia.org/wiki/Herzogenriedpark>

und Herzogenriedpark, immer noch sehr zufrieden. Allerdings sind die jüngeren Buga nicht mehr einfach Blumen-Prunkschauen, sondern befassen sich mit naturnaher Landschaftsgestaltung und unterschiedlichen Bewirtschaftungsformen.

Da die dbg nicht die Rolle einer autonomen Planerin hat, könnte ein Beteiligungsprozess im Ausstellungsdesign ökologische Gesichtspunkte einbringen und äußerst interessant werden. Auf einen Versuch käme es an.

Thomas Trüper

Krise bei Opel – Das Ruhrgebiet im Strukturwandel

Die Auseinandersetzung um die Schließung des Opel-Werkes in Bochum spitzt sich zu. Die IG Metall sorgt sich um die Existenz des gesamten Unternehmens und hat Forderungen zur Standort- und Beschäftigungssicherung aufgestellt. Konkret geht es für den Standort Bochum um die Errichtung eines Motorenwerkes für den Bau einer neuen Dieselerzeugung sowie eines Teilelagers und den Erhalt des Getriebewerkes II. Damit erhofft sich die IGM die Schaffung, bzw. den Erhalt von 1 000 Arbeitsplätzen, sowie weitere in der gleichen Größenordnung durch Fremdfirmen, die sich auf dem Gelände ansiedeln könnten. Für den Bochumer Betriebsratschef Rainer Einkel spielt die IGM damit dem Opel-Vorstand in die Hände, die Automontage zu schließen. Uneinigkeit gibt es auch zwischen dem Gesamtbetriebsrat, den Betriebsräten in den anderen Werken und dem Betriebsrat Bochum um einen möglichen Lohnverzicht. Bereits im Januar hat die Ankündigung des Opel-Aufsichtsratsvorsitzenden Steven Girsky große Empörung ausgelöst, Opel Bochum bereits Ende 2014 statt 2016 zu schließen falls es bis Februar keine Einigung für einen Lohnverzicht gibt. Die Bochumer Ratsfraktion der Linkspartei sprach von „glatter Erpressung“ und „frühkapitalistischen Methoden“ und selbst der Bochumer IHK-Chef Helmut Diegel sprach von einem „Rückfall in graue Vorzeit“. Zudem droht Opel mit dem Austritt aus dem Flächenarbeitsvertrag. Währenddessen hat der Wirtschaftsausschuss der Stadt Bochum in der vergangenen Woche einstimmig einen Bebauungsplan für die Flächen der Werke I und II aufgestellt. Denn die Verhandlungen mit der Adam Opel AG kommen nicht voran. Damit soll möglichst verhindert werden, dass Opel Teilflächen ohne Beschränkung an Dritte verkauft, lukrative Teilbereiche selber vermarktet und die belasteten Flächen einfach brachliegen lässt. Das ausdrückliche Ziel ist es, dass sich dort wieder industrielle Produktion ansiedelt statt Einzelhandelsflächen und Einfamilienhäuser. Das wird auch nötig sein, denn mit der Schließung von Opel verliert das Ruhrgebiet rund 3.500 Arbeitsplätze im Werk direkt und, je nach Schätzung, weitere mehrere tausend in der Zuliefererindustrie. Das ist ein herber Schlag für die Betroffenen und die Region. Die Bevölkerung, Parteien, Kirchen, etc. sind deshalb mit den Opel-Beschäftigten solidarisch und unterstützen deren Kampf. Selbst wenn die Werkschließung nicht verhindert wer-

den sollte, kann ein großer öffentlicher Druck wenigstens dazu beitragen, dass der Preis für die Schließung möglichst hochgetrieben wird, mit Abfindungen, Transfergesellschaften zur Umschulung, einer vernünftigen Regelung zur Flächennutzung etc. Aber was wird danach aus dem Ruhrgebiet? Sind Behauptungen aus der Linkspartei richtig, dass das Ruhrgebiet zur Armutszone verkommt, wenn Opel schließt und ebenso 2015 und 2018 die Zechen in Marl und Bottrop?

Entstehung einer Monokultur

Warum ist die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet immer noch so hoch, trotz der jahrzehntelangen Bemühungen um einen Strukturwandel? Eine mögliche Ursache ist bereits in der Entstehung des modernen Ruhrgebietes angelegt. Das Ruhrgebiet hat sich von einem agrarisch strukturierten Raum ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem schwerindustriellen Ballungsraum gewandelt. Das wäre ohne die Fördermöglichkeit insbesondere der verkockbaren Fettkohle, eine Voraussetzung für Stahlerzeugung, und dem Vorhandensein von schiffbaren Wasserwegen (Rhein, Ruhr, Kanäle), also von standortgebundenen Gütern, so nicht möglich gewesen.

„In Deutschland erwuchs die Industrialisierung also aus jener Verbindung von Kohle und Stahl, dem Eisenbahnbau und der sich daraus entwickelten selbsttragenden Nachfrage nach Erzeugnissen des Maschinenbaus. In England hingegen war die Textilindustrie der die Industrialisierung tragende Wirtschaftszweig“ (aus Andreas Schlieper, 50 Jahre Ruhrgebiet. Düsseldorf, 1986).

Es entstand ein Ballungsraum mit einer industriellen und gesellschaftlichen Monokultur, die ausschließlich auf die Bedürfnisse der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie ausgerichtet war. Selbst das Aufkommen der Elektroindustrie nach dem Ersten Weltkrieg hat keine große Rolle gespielt. Diese einseitige Ausrichtung hatte negative Folgen, die bis heute nachwirken. Der Wirtschaftswissenschaftler Herbert Giersch (Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Gesellschaft, Wiesbaden 1977), versteht unter Ballung Arbeitsteilung auf engem Raum und hält dieses für eine wichtige Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung. Die so entstehenden komparativen, also sich ergänzenden Vorteile, würden Kosten senken, z.B. durch die Nutzung einer gemeinsamen Infrastruktur, die in der Regel von der

öffentlichen Hand bereit gestellt wird. Er stellt auch fest, dass Ballung

„... das Lernen fördert (Ausweitung des technischen Wissens, Innovationen, und Ausbildung) und Zivilisationen und Kulturen mit starken Leistungsantrieben und einen hohen Anteil tertiärer Aktivitäten an der Wertschöpfung (Informationsaustausch, Forschung und Entwicklung) entstehen lässt.“

Diese komparativen Vorteile sind im Ruhrgebiet durch die historisch gewachsene, einseitige Ausrichtung auf die Montanindustrie nicht in dem Umfang ausgeformt worden, wie in Ballungen mit einer größeren wirtschaftlichen Streuung. Das betrifft z.B. die Entwicklung des kulturellen Kapitals abseits des für die Montanindustrie technisch Notwendigen (z.B. Bergbauingenieure) und des tertiären Sektors, für den in manchen Bereichen ein höheres kulturelles Kapital notwendig ist. Auch andere Probleme, wie bei der Infrastruktur und des wildwüchsigen Siedlungsbaus, der anfangs fehlenden Universitäten und Hochschulen, die lange unterdurchschnittliche Ausprägung der mittelständischen Wirtschaft, das späte Aufkommen einer Kreativwirtschaft, die Konkurrenz zwischen den Städten, die schrumpfenden Städte, enorme Umweltprobleme etc. sind zum Teil darauf zurückzuführen, bzw. kamen hinzu.

Nach dem Zweiten Weltkrieg – Sonderaufschwung und Krise

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die einseitige Ausrichtung auf den Montanbereich, trotz der Entflechtungs- und Dekartellisierungspolitik der Alliierten, bedingt durch einen Sonderaufschwung für die Kohle durch den Wiederaufbau und Rohstoffmangels wegen des Korea-Krieges.

Das änderte sich bereits Ende der fünfziger Jahre vor allem durch die Umstellung der Wirtschaft auf das günstigere Rohöl, die Importkohle und andere technologische Weiterentwicklungen.

„Das Ruhrgebiet erlebte während der sechziger Jahre die wohl schwerste wirtschaftliche und soziale Krise seit dem Beginn der Industrialisierung. Weder die Gründerkrise, fast ein Jahrhundert zuvor noch die Weltwirtschaftskrise am Ende der zwanziger Jahre hatten Wirtschaft und Menschen im Ruhrgebiet derart tief in die Depression gestürzt ... Nun aber war es die regionale Krise der Ruhrgebiets, fast nur diese Region und die in ihr dominierenden Branchen hatten darunter zu leiden. Mit der Kohle war der wichtigste Wirtschaftsfaktor ins Wanken geraten und drohte, die gesamte Region in das ökonomische Chaos zu ziehen“ (Schlieper, s.o.).

Innerhalb von zehn Jahren halbierte sich die Zahl der Bergarbeiter von fast

400 000 im Jahr 1957 auf 207 000 im Jahr 1966.

Widerstand der Bergarbeiter

„Zahlreiche Massenproteste der Bergleute begleiteten diesen beispiellosen Schrumpfungsprozess. Sie erreichten ihren Höhepunkt in den Jahren 1958/59 und dann vor allem 1966/67 und zeigen, dass der krisenbedingte Anpassungsprozess im ersten Jahrzehnt der Kohlenkrise keineswegs ohne tiefgreifende soziale Konflikte verlief. Bereits der ‚Marsch auf Bonn‘ am 26. September 1959, an dem sich 60 000 Bergleute beteiligten, geriet zur machtvollen Demonstration gegen die Stilllegung, verweist aber bereits darauf, dass der Fortschrittsglaube und das Vertrauen in die Sicherheit der eigenen Existenz aus den Wirtschaftswunderjahren bei den Bergleuten einer tiefen Verunsicherung wich. Sozial- und auch tarifpolitische Maßnahmen zugunsten der Bergleute sollten dieser Entwicklung entgegenwirken. Mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln, Geldern der Montanunion und Hilfen der Bergwerksunternehmen gelang eine – aus heutiger Sicht – bemerkenswerte soziale Absicherung der Bergleute ohne tiefgreifende politische oder soziale Folgeschäden. Es gab einen Härteausgleich für Feierschichten, diverse Hilfen bei Arbeitsplatzwechsel durch Stilllegungen, Wartegeld, Übergangs- und Umschulungsbeihilfen bei vorübergehender Arbeitslosigkeit. Mit der dramatischen Verschärfung der Kohlenkrise seit 1965 nahmen Beunruhigung und Zukunftsängste wieder zu und befeuerten den Widerstand der Bergleute gegen Stilllegungen und befürchteten Arbeitsplatzverlust. Das äußerte sich in zahlreichen Kundgebungen, so am 19. Februar 1966 gegen die Stilllegung der Zeche Graf Bismarck in Gelsenkirchen, am 12. November 1966 in der Dortmunder Westfalenhalle, am 21. Oktober 1967 in Dortmund-Huckarde oder am 8. November 1967 vor dem Deutschen Bundestag. Bei vielen Politikern wuchs die Furcht vor einer Radikalisierung und vor chaotischen, unregierbaren Zuständen im Ruhrgebiet, was Folgen für die ganze Republik haben musste. Manche mochten sich auch an die revolutionären Unruhen in der Weimarer Republik und an deren Ende erinnert fühlen, die diese Generation miterlebt hatte. Äußerungen prominenter Politiker zeugen von dem wachsenden Handlungsdruck, unter dem sich die Bundespolitik sah. ‚Wenn es an der Ruhr brennt, gibt es im Rhein nicht genug Wasser das Feuer zu löschen‘ (FAZ vom 12. März 1966), so Rainer Barzel, damals Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Karl Schiller, seit 1. Dezember 1966 Wirtschaftsminister der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, sprach von ei-



nem ‚Heuhaufen‘, der durch ein einziges achtlos hingeworfenes Streichholz in Flammen aufgehen könne, und selbst der gemeinhin nüchtern analysierende Helmut Schmidt sah in seiner internen „Skizze zur Kohlen- und Ruhrproblematik“ vom 25. Oktober 1967 eine ‚kardinale Gefährdung der innenpolitischen Gesamtsituation‘ gegeben.“ (Internetseite Deutsches Bergbau Museum, www.glueckauf-ruhrgebiet.de).

Es bestand also enormer Handlungsdruck für die Herrschenden. Aber trotz dieser Krise schien eine andere wirtschaftliche Entwicklung erst mal nicht vorstellbar und wurde zum Teil sogar behindert, so sehr war die Mentalität von der über hundertjährigen Montanindustrie geprägt. Die Zechen, die das meiste Industrieland besaßen, verfügten faktisch über eine „Bodensperre“ und wollten ihre industrielle Reservearmee nicht an andere Industrien verlieren. So war die Ansiedlung von Opel vor 50 Jahren heftig umstritten, erst recht die Gründung der Ruhruniversität in Bochum Anfang der sechziger Jahre. Diese Mentalität zu überwinden war/ist, ebenso wie das „Kirchtumsdenken“ der einzelnen Kommunen, ein zäher und langwieriger Prozess, weil nicht nur eine neue „zugelegt“, sondern vor allem eine alte „abgelegt“ werden muss.

Gezielte öffentliche Maßnahmen

Trotzdem wurde mit den sozialliberalen Regierungswechseln in Düsseldorf und Bonn Ende der sechziger Jahre ein Paradigmenwechsel eingeläutet hin zu gezielten staatlichen Infrastrukturmaßnahmen und zur wirtschaftlichen Förderung.

„Hier zeichnete sich ein Handlungsfeld für gezielte regionale und sektorale Anpassungshilfen seitens des Staates ab. Das ‚Entwicklungsprogramm Ruhr‘ 1968 markierte einen ersten Schritt in diese Richtung. Das mittelfristig ange-

legte ‚Nordrhein-Westfalen Programm‘ von 1975 setzte diesen Ansatz fort, indem es über staatliche Anreize die Modernisierung der Betriebe und Neuansiedlungen sowie eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur förderte. Zugeschnitten auf die besonderen Strukturprobleme folgte 1979 das ‚Aktionsprogramm Ruhr‘, in welchem die unterschiedlichen strukturpolitischen Instrumente gebündelt eingesetzt worden sind.“ (Staat und Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1816- 1991, Düsseldorf, 1992. Beitrag von Fritz Behrens).

Es wurden beachtliche öffentliche Mittel in Bewegung gesetzt, zum Teil äußerst intransparent und mit einer unappetitlichen Verflechtung zwischen Staat, Politik und Kapital (s. z.B. West-LB-Skandal). Zu den strukturpolitischen Maßnahmen kamen die Gründungen von Universitäten und Hochschulen hinzu, so dass das Ruhrgebiet laut Eigenwerbung heute mit fünf Universitäten und sechzehn Hochschulen die dichteste Hochschullandschaft Europas sein soll.

Der Strukturwandel greift

Ohne den massiven Einsatz öffentlicher Mittel aus EU, Bund, Land und Kommunen und der wirtschaftlichen Umstrukturierung wäre das Ruhrgebiet wahrscheinlich heute tatsächlich so etwas wie ein Armenhaus. Immerhin gingen allein in der traditionellen Montanindustrie 500 000 Arbeitsplätze zwischen 1958 und 1988 verloren. So aber lässt sich feststellen, dass viel erreicht worden ist, es aber auch noch viele Probleme gibt. Die Wirtschaft im Ruhrgebiet hat sich nach über vierzig Jahren Strukturwandel ausdifferenziert, so dass die bereits oben erwähnten komparativen Vorteile von Ballung besser greifen können, unterstützt auch durch die Bildung sog. Cluster. Wie tiefgreifend sich die Wirtschaftsstruktur in dieser alten Industrieregion verändert

hat, wird daran deutlich, dass der Anteil der Beschäftigten im Leitmarkt Industrieller Kern und unternehmensnaher Dienstleistungen mit 18,4 Prozent zwar über dem Bundeswert von 16,6 Prozent liegt, aber unter dem NRW-Wert von 19,1 Prozent. Mittlerweile ist im Münsterland und im Sauerland der prozentuale Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe höher als im Ruhrgebiet. Trotzdem vermerkt der „Wirtschaftsbericht Ruhr 2012“ der wirtschaftsförderung metropol Ruhr (einer Gesellschaft des Regionalverbandes Ruhrgebiet, <http://business.metropol Ruhr.de>):

„Zunächst lässt sich die Beobachtung konkretisieren, dass die Industrie weiterhin der dynamische Kern bei der Neuausrichtung des Ruhrgebiets ist. Auch wenn das Wachstum leicht unter dem Bundestrend liegt: Im Industriellen Kern finden sich deutlich mehr Vollzeitbeschäftigte als in den Unternehmen der anderen Leitmärkte, er kann weiterhin als Innovationstreiber in anderen Leitmärkten betrachtet werden. Auch der Anteil der Akademiker an den Beschäftigten liegt keineswegs so klar unter dem Bundesniveau, wie es frühere Untersuchungen über das Innovationspotenzial in der Metropole Ruhr vermuten ließen. Insbesondere im Bereich ‚Maschinen und Prozesse‘ hat in den vergangenen Jahren bei den Akademikern ein kontinuierlicher Aufholprozess stattgefunden. Weiterhin ist festzuhalten, dass sich in der Ruhrwirtschaft immer stärker kleine und mittelständische Unternehmen herausbilden und die Region nicht mehr allein durch Großunternehmen geprägt ist. In den Leitmärkten Digitale Kommunikation, Mobilität sowie Freizeit & Events ist die durchschnittliche Betriebsgröße (gemessen am Umsatz) unter dem Bundesdurchschnitt, bei Bildung & Wissen, Gesundheit und Urbanes Bauen & Wohnen sind keine nennenswerten Unterschiede festzustellen. Diese Betriebsgrößenstruktur kann in einzelnen Leitmärkten eine hinter dem Bundestrend zurückbleibende Wachstumsdynamik erklären, sie kann aber auch als Ausdruck einer noch jungen Phase der Restrukturierung gesehen werden, in der die Unternehmen ein erhebliches Wachstumspotenzial haben.“

Der tertiäre Sektor und geringfügige Beschäftigung

Hinzu kommt eine deutliche Verschiebung in den tertiären Sektor: „Die Verschiebung vom sekundären zum tertiären Sektor in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt besonders deutlich den Strukturwandel im Ruhrgebiet. Im Jahre 2009 erwirtschaftete das produzierende Gewerbe nur noch 27,6 % der Bruttowertschöpfung, wohingegen in den Bereichen Handel, Verkehr und Gastgewerbe (19,1 %), Finan-

zierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister (28,1 %) sowie öffentliche und private Dienstleister (25,2 %) der Anteil zusammen bei 72,4 % lag. Dieser Trend zum tertiären Sektor liegt leicht unter den vergleichbaren Werten für Nordrhein-Westfalen. Parallele Werte lassen sich auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten feststellen. Im Jahre 1982 lag der Anteil der Beschäftigten im primären / sekundären Bereich noch bei 54 % und der im tertiären bei 46 %, wohingegen im Jahre 2010 nur 26 % im primären / sekundären und bereits 74 % im tertiären Sektor tätig waren. Wird hierbei noch in Betracht gezogen, dass bis vor einigen Jahrzehnten der tertiäre Sektor lediglich regional auf die Bedürfnisse des Reviers ausgerichtet war und heute überregionale und teilweise internationale Bedeutung erlangt hat, so ist dies ein hinreichender Beweis für den Willen und die Fähigkeit zum strukturellen Wandel.“ (aus: Das Ruhrgebiet, Eine Region im strukturellen Wandel, IHK Essen, Mülheim, Oberhausen, www.essen.ihk24.de/).

Allerdings ist in den Bereichen des tertiären Sektors die nicht mit Forschung, Entwicklung, etc. zu tun haben sondern eher mit einfachen Dienstleistungen, die Zahl der geringfügig Beschäftigten und Geringverdiener hoch. So waren 2011 im Industriellen Kern und den unternehmensnahen Dienstleistungen knapp 288 000 Menschen beschäftigt, davon 8,8 Prozent in Teilzeit und damit unter dem Bundesschnitt von 9,3 Prozent für diesen Bereich. Gute zehn Prozent (31 000) sind in diesem Bereich geringfügig Beschäftigte, auch damit liegt das Ruhrgebiet für den Industriebereich knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Dagegen waren im Leitmarkt Freizeit und Events 2011 knapp 79 000 Menschen beschäftigt, darunter fast 65 000 geringfügig Beschäftigte.

Kein Wunder, dass der „Wirtschaftsbericht Ruhr 2012“ festhält: „Insgesamt liegt der Wachstumstrend allerdings nach wie vor unter dem Bundesdurchschnitt, und vor allem zwei „Sorgenkinder“ können nicht übersehen werden. Erstens liegt der Anteil der Akademiker an den Beschäftigten in den meisten Leitmärkten unter dem Bundesdurchschnitt. Besonders bedenklich ist, dass innerhalb des Leitmarktes Bildung & Wissen auch der Teilbereich Forschung hinter der Bundesentwicklung zurückbleibt. Zweitens ist auf die Nachfrageschwäche einzugehen. Die Probleme der kommunalen Haushalte in der Metropole Ruhr sind bekannt, in verschiedenen Unternehmensgesprächen wurde zudem deutlich, welchen Einfluss die Nachfrage auf notwendige neue Konzepte im Sinne einer „Neuen urbanen Ökonomie“ hat. Hier bilden nicht systemische oder technische In-

novationen den Engpass, sondern neue Geschäfts- und Finanzierungsmodelle sind mehr denn je gefragt. Wirtschaftsförderung in der Metropole Ruhr wird sich nicht nur auf die Stärken konzentrieren können, sondern sich auch mit den beiden beispielhaft genannten Schwächen auseinandersetzen müssen.“

Die Stärkung der Nachfrage ist also wichtig. Das Ruhrgebiet hat weitere Chancen, wenn es nicht nur die komparativen Vorteile von Ballung nutzt, sondern auch die der Arbeitsteilung und des Austausches mit anderen Regionen. Der bereits oben erwähnte IHK-Bericht weist darauf hin:

„Die zentrale Verkehrslage des Ruhrgebietes in Europa hat mit der Öffnung der Märkte in Osteuropa und mit der damit verbundenen Reaktivierung der europäischen West-Ost-Magistrale eine zusätzliche Aufwertung erhalten. Das Ruhrgebiet erschließt in einem Umkreis von 250 km einen Markt von 60 Mio. Menschen, mehr als 15 % der EU-Bevölkerung. Neben zahlreichen direkten Anschlüssen an das internationale Straßen-, Schienen-, Wasserstraßen- und Luftverkehrsnetz besitzt das Ruhrgebiet eine im Vergleich mit anderen Ballungsräumen gut ausgebaute und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur.“

Das Ruhrgebiet heute – ungleichzeitige Entwicklung

Das Ruhrgebiet wird insgesamt kein Armenhaus werden, wenn Opel Bochum schließen sollte. Dafür ist der Strukturwandel zu weit fortgeschritten. Zudem liegen die Arbeitslosenquoten in umliegenden, verarbeitungsstarken Wirtschaftsregionen, wie dem Münster- und dem Sauerland, in weiten Teilen bei um die fünf Prozent, so dass dort von einem zunehmenden Fachkräftemangel ausgegangen wird. Die Voraussetzung ist natürlich, dass die gesamtwirtschaftliche Lage günstig bleibt, was nicht sicher ist. Und es bleibt das große Problem der zu vielen „armen Häuser“ im Ruhrgebiet durch die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, die große Zahl von Hartz-IV-Empfängern und zum Teil auch der 20-prozentige Anteil von Teilzeitarbeit. Wahrscheinlich wird die Situation mit dem Begriff einer ungleichzeitigen Entwicklung am besten getroffen. So wird auch in der überregionalen Presse oft das Bild des „Sozialäquators“ A 40 bemüht, der insbesondere in Essen die „reichen“ Stadtteile im Süden von den „armen“ Stadtteilen im Norden trennt. Das ist nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig. Tatsächlich ist die Entwicklung zwischen „normalen“ und abgehängten Gebieten viel kleinteiliger und spielt sich oft innerhalb eines Stadtteils oder sogar Viertels ab, sie ist im Norden nur im Negativen ausge-

prägender. Ein großes Problem ist die Verfestigung dieser Verhältnisse durch die Vererbung von Armut. Es gibt Kinder, die nicht nur arbeitslose Eltern haben, sondern sogar arbeitslose Großeltern. Die soziale Mobilität ist damit teilweise außer Kraft gesetzt. Einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge wird der Wechsel zwischen den sozialen Klassen immer schwieriger: „Die Dynamik absoluter Aufwärtsmobilität scheint trotz anhaltender Bildungsexpansion deutlich erlahmt zu sein. Dies bedeutet, dass die Mitte nicht mehr aus dem Zustrom von Aufsteigern wächst.“

Die Linkspartei im taktischen Dilemma

Es gibt also trotz einer vorsichtig positiven Entwicklung im Ruhrgebiet mehr als genug Probleme und damit auch Ansätze für linke Politik gegen kapitalistische Ungerechtigkeiten, ohne dass so getan werden müsste, als würde morgen die Welt untergehen. Wie kann arbeitslosen Menschen, die der Arbeitsmarkt ausgesondert hat, ein ausreichendes Einkommen aus eigener Anstrengung ermöglicht werden? Wie kann der weitere Strukturwandel und der Einsatz öffentlicher Mittel im Sinne der Fairness so gestaltet werden, dass die am schlechtesten gestellten Milieus am meisten davon profitieren? Kann der Begriff Strukturwandel vielleicht sogar links besetzt werden, etwa unter dem Stichwort „sozialer Strukturwandel“? Welche Perspektiven müssen entwickelt werden angesichts der Schrumpfung der Bevölkerung im Ruhrgebiet? Welche Änderungen auf der administrativen Ebene und darüber hinaus sind notwendig, um die Kooperation innerhalb des Ruhrgebietes sowie nach außen weiter zu entwickeln? Wie kann die übermäßige Verschuldung der Ruhrgebietskommunen zurück geführt werden, ohne die (soziale) Infrastruktur zu zerschlagen und ohne übertriebene Erwartungen an Umverteilung? Die Linkspartei gibt mit Forderungen z.B. nach Mindestlohn und höheren Steuern auch teilweise Antworten auf diese Fragen. Sie hat aber auch Tendenzen mit apokalyptischen Visionen und düsteren Verelendungstheorien den Teufel an die Wand zu malen, um sich selber als leuchtenden Retter darzustellen. Es stellt sich die Frage, ob so nicht die Gefahr besteht, die resignierten Milieus nachhaltig zu demoralisieren und gänzlich von der Wahlurne fern zu halten. Hinzu kommt, dass mit dem Aufstellen von übertrieben unrealistischen Forderungen (30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausgerechnet bei Opel, u.ä.) diejenigen verschreckt werden, die einen gewissen Anspruch an (linke) Politik haben. Dabei hat Die Linke mit ihrem systemkritischen Ansatz das Potential auch realistische und umsetzbare Antworten zu liefern. Es bedeutet nur harte Arbeit. *Thorsten Jannoff*

Wasser ist ein Menschenrecht: Berlin. Wasser und Abwasser gehören zur Daseinsvorsorge – Privatisierung ist der völlig falsche Weg. Der Landesvorsitzende der Partei Die Linke Berlin, Klaus Lederer, erklärt: Die Linke Berlin unterstützt die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ und fordert dazu auf, die Initiative unter www.right2water.eu mit einer digitalen Unterzeichnung weiter zu stärken. Bisher haben bereits über 700 000 Europäerinnen und Europäer unterschrieben und damit zum Ausdruck gebracht, dass die Wasserversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge weder ganz noch teilweise an private Betreiber übertragen werden darf. Gerade in Berlin sind allen die negativen Folgen der Teilprivatisierung der Wasser- und Abwasserversorgung deutlich vor Augen geführt worden. Nachdem CDU und SPD im Jahr 1999 die Hälfte der Berliner Wasserbetriebe an Veolia und RWE verkauft haben, sind die Wasser- und Abwasserpreise enorm gestiegen, um die den privaten Investoren zugesicherten Renditen zu erzielen. Für uns ist klar: Da es sich bei der Wasserversorgung in aller Regel um ein natürliches Monopol handelt, dürfen in diesem Sektor private Gewinninteressen keinesfalls eine Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund steht für die Linke fest, dass die aktuell von der EU-Kommission vorgeschlagene Konzessions-Richtlinie in die völlig falsche Richtung geht. ... Es drohen nicht nur steigende Preise für die Wasserkunden, sondern auch Tariffucht und verschlechterte Leistungen. Das Berliner Beispiel sollte allen eine Lehre sein: Keine Privatisierung der Wasser und Abwasserversorgung! www.die-linke-berlin.de

Praktikable Lösung im Kampf gegen verwahrloste Immobilien: BERLIN. Städte und Gemeinden wollen in Zukunft wirk-samer gegen ungenutzte und verwahrloste Immobilien vorgehen können. Das könnte ein Kompromissvorschlag ermöglichen, der heute im Zuge der Anhörung zur Novellierung des Baugesetzbuches im zuständigen Bundestagsausschuss erörtert wurde. Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordern eine praktikable Lösung, die auch durch diesen Kompromiss erreicht werden könnte. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, sowie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, sagten heute in Berlin: „Verwahrloste Gebäude, die leer stehen und nicht mehr saniert und gerettet werden können, werden zunehmend zu einem städtebaulichen Problem für ganze Stadtviertel. Nach dem heute diskutierten Vorschlag sollen ähnlich wie in dem Gesetzentwurf des Bundesrates Eigentümer stärker mit in die Verantwortung genommen werden ...“ Die Kompromisslösung sieht Folgendes vor: Der Eigentümer einer bis zum Zustand der

Verwahrlosung vernachlässigten Immobilie, die nicht mehr sanierungsfähig ist und abgerissen werden muss, soll zukünftig teilweise die Abbruchkosten tragen und zwar in Höhe der Wertsteigerung seines Grundstücks durch den Abbruch. Die in Vorleistung getretene Stadt oder Gemeinde erhalte somit zukünftig einen Teil ihrer Auslagen zurück. (...) Problematisch sind derartige Immobilien insbesondere deshalb, weil sie das Umfeld ganzer Stadtviertel negativ beeinflussen, erzielte Sanierungserfolge in Quartieren zu konterkarieren drohen und damit eine qualitätsvolle Innenentwicklung der Städte und Gemeinden behindern. Ein Abriss ist oftmals die einzige Möglichkeit, die negative Entwicklung aufzuhalten.

www.staedtetag.de

Landkreistag begrüßt (Rück-)Änderung des schleswig-holsteinischen Sparkassengesetzes: BERLIN. Der Deutsche Landkreistag hat die erneute Änderung des Sparkassengesetzes Schleswig-Holstein begrüßt. Danach ist es der Hamburger Sparkasse (HASPA) fortan nicht möglich, sich an den öffentlich-rechtlichen Sparkassen im Land zu beteiligen. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sagte: „Die seinerzeitige Ermöglichung der Beteiligung der freien Sparkasse in Hamburg an den kommunalen Sparkassen kann man nicht isoliert und begrenzt auf Schleswig-Holstein betrachten. Sie hätte über die Landesgrenzen hinausgehende Wirkungen entfalten können. Diese Gefahr ist nunmehr gebannt und eine schleichende Privatisierung von Sparkassen einmal mehr abgewendet worden.“ Der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, bekräftigte: „Damit wird eine gesetzliche Regelung der Vorgängerregierung wieder rückgängig gemacht, die wir von Anfang an kritisch gesehen haben. Wir haben davor gewarnt, dass der damals beabsichtigte Anteilserwerb durch die HASPA einer Teil-Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein gleichgekommen wäre.“ Der Deutsche Landkreistag hatte vor zwei Jahren ebenfalls heftige Kritik an der Öffnung des schleswig-holsteinischen Sparkassensektors für private Dritte geäußert und auf die immense Sprengkraft für den gesamten Sparkassensektor aufmerksam gemacht. „Will man die Sparkassen für private Investoren öffnen, würde man zwangsläufig die Institute in ihrem Kern verändern und entwerten. Renditegeleitete Geschäftspolitik wäre der Anfang vom Ende der Sparkassen und hätte erhebliche Auswirkungen für die Versorgung von Bürgern und Wirtschaft mit Finanzdienstleistungen“, hatte der DLT-Präsident seinerzeit zu bedenken gegeben.

www.landkreistag.de/

(Zusammenstellung: ulj)

„Marshallplan für Europa“ – Ein Plan mit Konstruktionsmängeln

Der DGB hat einen „Marshallplan für Europa“ vorgelegt. Seine Absicht ist, Europa aus der Krise zu führen und dabei zu zeigen, dass Nachhaltigkeit, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand keine Gegensätze sind. Liest man die in der Einleitung ausgebreiteten Zielsetzungen und Erwartungen, mutet das Papier wie eine Flugschrift mit starker Jenseitsorientierung an – alles kann gut werden.

„Wir weisen nach, dass ein solcher ‚Marshallplan für Europa‘ finanzierbar ist. Er ist vollständig durchgerechnet und belastet die öffentlichen Haushalte nicht. Im Gegenteil: Staaten generieren sogar zusätzliche Steuereinnahmen, die Kosten für die Arbeitslosigkeit werden eingespart. Selbst Sozialversicherungen nehmen dank eines Beschäftigungsbooms mit mindestens 9 Millionen Vollzeitstellen höhere Beiträge ein. ... Doch damit nicht genug: Die ökologische Grundsanierung unseres europäischen Wirtschaftssystems macht uns langfristig immer unabhängiger von Brennstoffimporten ... Davon profitieren alle: Private Haushalte, Unternehmen, Staaten. Einzig und allein werden die spekulativen Finanztransaktionen benachteiligt: zugunsten der Zukunft, zugunsten der Realwirtschaft, zugunsten der Menschen, zugunsten der Natur.“

Die Kernelemente des Plans sind:

- Einmalige Reichensteuer von 3% auf Vermögen ab 500 000 Euro pro Person
- Einrichtung eines Europäischen Zu-

kunftsfonds

- Eine Finanztransaktionssteuer von 0,1% auf alle Aktien und Anleihen und den Handel mit Derivaten und Devisen
- Jährliche Investitionen von 260 Mrd. Euro (160 Mrd. Direktinvestitionen und 100 Mrd. günstige Anleihen).

Was ein wenig nach Perpetuum Mobile klingt hat aber auch einen ernsthaften Kern. Ausgangspunkt für das ambitionierte Vorhaben mit Anleihe an ein berühmtes Vorbild ist die Frage, wie in Europa wirtschaftliche Entwicklung wiederhergestellt und die Krise überwunden werden kann. Im Zentrum der Zustandsbeschreibung steht die Kritik bezüglich der starken Verwerfungen in den derzeitigen ökonomischen Beziehungen in der EU, steht die strikte Sparpolitik. Im Vorwort schreibt das verantwortende Vorstandsmitglied Matecki: der „Kaufkraftentzug bei Arbeitnehmern und die Ausgabenkürzungen der Staaten verursachen eine kollektive Schrumpfung des europäischen Marktes.“

Damit wird eine Kritikführung vorgelegt, die vorsichtig gesprochen bei der Problembeschreibung eine Komplexitätsreduzierung vornimmt, die in Richtung monokausaler Erklärung tendiert. Sparpolitik senkt Kaufkraft, schnürt den Konsum der Beschäftigten ein, würgt in der Folge wirtschaftliche Dynamik ab. Die Denkfigur braucht dann nur noch um ein Lösungsargument erweitert werden. Eine einmalige Abschöpfung bei den Wohlhabenden

und echten Reichen wird als der Startpunkt für eine schwungvolle wirtschaftliche Entwicklung präsentiert, die dann die wesentlichen Felder nachhaltiger und zukunftsfähiger Bereiche und sozialer Bedarfe abdeckt. Die Autoren erwecken teils den Eindruck, man könne den europäischen Markt als isolierte ökonomische Einheit betrachten, der nicht in eine weltweit vernetzte Ökonomie eingebunden ist. Auch wird die Frage der Staatsverschuldung gar nicht als echtes Problem wahrgenommen.

Zurück zur Frage der wirtschaftlichen Entwicklung. Es werden zehn Themenbereiche als Innovationsfelder aufgelistet und mit jeweils einer Reihe von mehr oder weniger konkreten Vorschlägen unterlegt:

- Kooperation zwischen den Ländern fördern
- Konjunkturstabilisierende Maßnahmen
- Investitionen in die Energiewende
- Verkehrsinfrastruktur modernisieren
- Ausbau von Breitbandnetzen beschleunigen
- Europas industrielle Zukunft stärken
- Investitionen in öffentliche und private Dienstleistungen
- Investitionen in Bildung und Ausbildung
- Förderung von altersgerechten Infrastrukturen und Wohnen
- Nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen

Die einzelnen Kapitel sind hier jeweils eine Mischung aus Wünschenswertem, kühnen Annahmen und konkreten Vorschlägen.

Aber das Papier zeichnet sich vor allem durch eine ganze Reihe von ernsthaften Konstruktionsmängeln aus. So vage die Vorschläge für die verschiedenen Wirtschaftsfelder sind, so sicher scheinen sich die Autoren bezüglich der positiven Wirkung ihrer Investitionsvorschläge. Woher die Sicherheit, dass die vorgeschlagenen (zentral durchgeplanten) Investitionen nicht zu neuer Blasenbildung führen – siehe Windkraft? Der Horror vor spekulativen Investitionen wird hier ergänzt durch die selbstsichere Verkündung, man kenne die Felder für nötige Investitionen genau.

Ein weiterer ernsthafter Konstruktionsmangel springt direkt bei der Lektüre des Vorworts ins Auge. Vor dem Hintergrund des notwendigen Umsterns habe der DGB einen „Entwurf für einen ‚Marshallplan für Europa‘ entwickelt, den wir der europäischen Öffentlichkeit, ... zur Diskussion stellen.“ In den folgenden Abschnitten ist dann nur noch davon die Rede, dass die Diskussionspartner den Plan länderspezifisch anpassen sollen. Das Papier lebt stark von eigenen nationalen Erfahrungen,



Mit dem Titel des DGB Programms wird nicht nur eine Anleihe an ein berühmtes Vorbild genommen, sondern auch eine Erwartung bezüglich der Wirkung formuliert. Tatsächlich ist aber der Umfang der Wirkung des Marshallplans auf die Entwicklung der europäischen Nachkriegsökonomie durchaus umstritten. „Die Hilfgelder machten weniger als drei Prozent des Nationaleinkommens der 16 unterstützten Länder aus. Der Wirtschaftshistoriker Barry Eichengreen berechnete eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes durch die ERP-Mittel (ERP = European Recovery Plan – rog) um durchschnittlich 0,5 Prozent p. a. in den Jahren von 1948 bis 1951.“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Marshallplan>)

will aber eine Antwort auf Europa sein. Alles ohne jeglichen Bezug auf die auf europäischer Ebene stattfindenden Debatten zu Industriepolitik und Branchenentwicklung. Alles ohne vorherige Debatten mit potentiellen Partnern oder Adressaten.

Auch der „Europäischen Zukunftsfonds“ darf als Konstruktionsmangel bezeichnet werden. Die institutionelle Struktur ist nicht beschrieben. Wers soll denn da die weisen Entscheidungen treffen? Ein Kreis von Zentralplanern aus dem politischen Feld? Lediglich die „strikte Kontrolle“ durch das Europäische Parlament ist hier angemerkt. Das passt in die verbreitete Demokratiedefizit-Kritik gegenüber den europäischen Strukturen, die das Parlament als einzig demokratisch legitimierten Akteur in Europa sehen. Die Frage

ist aber, ob nicht gerade die übliche Einbeziehung verschiedenster Ebenen und Akteure in die Prozesse der Entscheidungsfindung auf EU-Ebene eine (potentielle) Stärke dieser ist.

Das DGB-Papier beschäftigt sich mit diesem Komplex überhaupt nicht. Er schlägt sogar vor, die bestehenden Strukturen schlicht auszuhebeln. „Sollten sich anfangs nicht alle EU-Staaten am Zukunftsmodell beteiligen, so werden auch nur die Abgeordneten aus teilnehmenden Mitgliedsstaaten in die Entscheidungen eingebunden.“ Demgegenüber wird aber locker davon ausgegangen, dass verschiedene EU-Programme und Budgetlinien für den Marshallplan zu öffnen seien, d. h. man entmündigt mal eben im Vorbeigehen einen Teil der Mitgliedsstaaten/des Parlaments. *Rolf Gehring*



Das Streikrecht darf Managertaktiken nicht zum Opfer fallen!

Die Forderung in einem Brief, vom 28.1., an den Bundesinnenminister von Michael Garvens, dem Vorstand der Geschäftsleitung des Kölner Flughafens, Bundespolizisten als Streikbrecher für das Sicherheitspersonal am Kölner Flughafen einzusetzen, ist nicht tragbar!

Garvens argumentiert, die Sicherheitskontrollen an Flughäfen seien eine hoheitliche und damit staatliche Aufgabe. Wenn der Staat dafür private Firmen einsetzt, deren Angestellte streiken dürfen, müsse der Staat im Falle eines Streiks gewährleisten, dass diese Aufgaben trotzdem erledigt werden.

Dazu erklärt der Fraktionssprecher der Linken im Kölner Stadtrat, Jörg Detjen:

„Die Forderung des Kölner Flughafenchefs ist eine Unverschämtheit. Das Sicherheitspersonal soll (k)ein Streikrecht haben wie Beamte, aber mit Löhnen weit unter dem Niveau des öffentlichen Dienstes abgespeist werden.

Das ist der Traum vieler Arbeitgeber. Wenn die Sicherheitskontrollen eine hoheitliche Aufgabe sind, muss man diese Tätigkeit auch entsprechend bezahlen.“

Jörg Detjen weiter:

„Wir fordern die Mitglieder des Aufsichtsrates des Kölner Flughafens auf,

Garvens Forderung deutlich zurückzuweisen.“

Das Streikrecht ist ein wesentliches und hart erkämpftes Grundrecht der Demokratie. Dieses zu behandeln als sei es willkürlich durch finanzielle Gewinn- und Verlustrechnungen veränderbar ist eine Frechheit sondergleichen.

Der Kölner Bundestagsabgeordnete und rentenpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke Matthias W. Birkwald kritisiert scharf:

„Es gibt Notstandsregelungen, wo Leib und Leben bedroht sind, wie zum Beispiel in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Aber jetzt so zu tun, als ob Reisende oder auch Pendlerinnen und Pendler davon betroffen wären, ist ein Versuch des Flughafenchefs eines der elementarsten Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte abzuhacken, so wie es in seine Rechnungen passt. Wo kämen wir denn hin, wenn ihm das gelänge!“

BDA kritisiert Familienpflegezeit. *Süddeutsche Zeitung, Frei., 28.12.12.* Seit Anfang 2012 können Beschäftigte ihre Arbeitszeit für maximal zwei Jahre auf bis zu 15 Stunden pro Woche reduzieren, um nahe Angehörige zu pflegen. Ende 2012 hatten beim zuständigen Bundesamt nur 135 Anträge für die Familienpflegezeit vorgelegen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) kritisiert das Projekt scharf. „Die Zahlen belegen, dass das Gesetz nicht notwendig ist“, sagte ein Sprecher. Arbeitgeber und Arbeitnehmer könnten, je nach Einzelfall und Betrieb, selbst für Pflegezeiten etwas vereinbaren. „Gesetzliche Regelungen sind im besten Fall überflüssig, im schlechtesten Fall schädlich“, hieß es bei der BDA. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock kritisierte, Familienministerin Schröder habe keinen Rechtsanspruch durchgesetzt. Dadurch fehlten dem Gesetz der „soziale Mindeststandard“.

Gesamtmetall rügt Empfehlungen zur Tarifpolitik. *Gesamtmetall-Informationen, Mo., 7.1.13.* Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, P.-M. Dick, hat Äußerungen einiger Wirtschaftswissenschaftler zur Tarifpolitik scharf zurückgewiesen. Dass die Löhne in der Vergangenheit nicht stark genug gestiegen seien, sei falsch: „In der Metall- und Elektro-Industrie ... summieren sich die Tarifabschlüsse in den letzten zehn Jahren auf ein Plus von fast 30 Prozent.“ ... Ökonomisch fragwürdig sei es zudem, die Tarifpolitik in Deutschland in Zusammenhang mit den Schuldenproblemen Südeuropas zu bringen. Hierzulande die Löhne über Gebühr zu erhöhen, helfe den Krisenstaaten nicht im Geringsten weiter, sondern drohe, die deutsche Industrie in ihrer Substanz zu beschädigen, warnte Dick. ... „Geradezu grotesk ist die Vorstellung ... dass die Deutschen ihre Lohnerhöhungen umgehend für mehr Käse und mehr Wassermelonen ausgeben – und sich dadurch jahrzehntelange strukturelle Versäumnisse in den betreffenden Ländern beseitigen lassen“.

BDI-Präsident versucht Forderungen nach Vermögenssteuer abzuwehren. *FAZ, Mo., 28.1.13.* Der neue BDI-Präsident U. Grillo äußerte in seinem ersten großen Interview, in der Steuerpolitik hätten sich die Unternehmen mehr erhofft. „Denken Sie an die Besteuerung der Unternehmenssubstanz im Gewerbesteuerrecht. Das ist kontraproduktiv – so wie die neuen Forderungen aus der Opposition zur Erhöhung von Substanzsteuern, etwa der Vermögensteuer.“ Höhere Steuern sollten angesichts der Einnahmerekorde der öffentlichen Haushalte und der konjunkturellen Lage kein Thema sein.

Zusammenstellung: rst

Anders als noch vor 50 Jahren werden die Staaten Nordafrikas und Kleinasien in Europa heute nicht mehr als weit weg gelegene, ferne Welten begriffen, sondern als nahe Nachbarn. Der Prozess der Staatenbildung in diesem Teil der Welt weckt mit all seinen Fortschritten und dramatischen Rückschlägen die politischen Leidenschaften. Aus gutem Grund, bleibt doch die auswärtige Politik der Staaten Europas nicht ohne Einfluss auf den Gang der Entwicklung dieses Teils der Welt. Wegen der politischen Verflechtung der Staaten in Europa und mit der nahen Nachbarschaft ist seit einigen Jahren ein wachsendes Interesse an Wahlentscheidungen und Inhalten der politischen Meinungsbildung benachbarter Länder zu bemerken. Der nachfolgende Bericht über die Wahlen zur 19. Knesset zeigt uns, wie sich die Bürgerinnen und Bürger des Staates Israels zu den Fragen der Zeit stellen. Die Auslandsarbeit der ziemlich gut finanzierten parteinahen Stiftungen der BRD zeigt nicht selten einen Schlag ins Missionarische. Umso erfreulicher, wenn die Rosa Luxemburg Stiftung auch an der Information und Aufklärung der bundesdeutschen Öffentlichkeit arbeitet. Herzlichen Dank an die rls und Angelika Timm für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck dieses Berichts.

Wahlen zur 19. Knesset – Ergebnisse und Perspektiven

Von ANGELIKA TIMM, Rosa Luxemburg Stiftung in Israel. 29 Januar 2013*

Am 22. Januar 2013 fanden in Israel die Wahlen zur 19. Knesset, dem 120 Abgeordnete umfassenden Parlament, statt. Der Termin für die laut Grundgesetz alle vier Jahre durchzuführenden allgemeinen, landesweiten, direkten, gleichen, geheimen und proportionalen Wahlen wurde um mehrere Monate vorgezogen. In einer Rede vor der Presse begründete Ministerpräsident Netanjahu am 9. Oktober 2012 diesen Schritt damit, dass seinem Kabinett die mehrheitliche Unterstützung für das Budget 2013 seitens des Parlaments verwehrt bliebe.¹

Themen und Akzente des Wahlkampfes

In den letzten Jahrzehnten wurden die Wahlkämpfe, ideologisch „aufgeladen“, vorwiegend durch die der israelischen Gesellschaft inhärenten Widersprüche geprägt – „Falken“ gegen „Tauben“, Religiöse gegen Säkulare, Neueinwanderer gegen Alteingesessene, orientalische Juden gegen europäischstämmige Aschkenasim, Rechte gegen Linke. Auch 2013 spielten derartige politische Bindungen und weltanschauliche Positionen bzw. die Zugehörigkeit zu einer nationalen oder ethnischen Gruppe eine nicht unbedeutende Rolle. Höheres Gewicht erlangten jedoch die sozialen Disparitäten und die daraus abgeleiteten Interessen bzw. Forderungen.

Konkret zeigte sich der neue Stellenwert sozialer Widersprüche in der ersten Knessetwahl nach den sozialen Massenprotesten vom Sommer 2011 darin, dass die meisten Parteien sich ihrer Bedeutung bewusst waren und sie für die Motivierung ihrer Wählerschaft nutzten. Der am 30. November 2012 veröffentlichte Armutsberichts hatte bestätigt, dass 1,84 Millionen israelische Bürger (24,8% der Bevölkerung) unterhalb der Armutsgrenze leben. Zur Notlage der schwächsten

5.656.705 israelische Bürger waren aufgerufen, in einem der 10.131 Wahllokale des Landes ihr Votum für eine der 32 zugelassenen Parteilisten zu bekunden. Um in das Parlament zu gelangen, gilt seit 2006 eine Sperrklausel von 2% der gültigen Stimmen (1949 bis 1988 – 1%, 1992 bis 2003 – 1,5%). Zwölf Parteilisten zogen in die 19. Knesset ein. Stärkste Fraktion mit 31 Sitzen wurde *Likud Beitenu* unter Führung von Benjamin Netanjahu, der damit durch Staatspräsident Schimon Peres erneut mit der Regierungsbildung beauftragt werden dürfte.

sozialen Schichten tritt zunehmend die Verarmung der Mittelschichten. Wichtige Themen des Wahlkampfes waren dementsprechend die Wirtschaft und Politik beherrschende Rolle der Tycoons, die Aufgaben von Gewerkschaften, der Umgang mit den natürlichen Ressourcen, die Finanzierung des Bildungswesens und die „Verteilung der Lasten auf die Schultern aller Bürger“, d. h. die vielfach diskutierte Forderung nach Steuergerechtigkeit oder nach Aufhebung der Wehrdienstbefreiung für Ultraorthodoxe. Interessant sind in diesem Zusammenhang Umfrageergebnisse von Januar 2013, nach denen eine Mehrheit der israelischen Bürger die Kürzung von Geldern für den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten befürwortet mit dem Ziel, soziale Probleme im Kernland zu lösen.

Der zentrale Furchtkomplex israelischer Politik, die „iranische Bedrohung“, wurde im Wahlkampf sichtbar zurückgenommen. Auch der Nahostkonflikt, die Wandlungen im arabischen Umfeld und das israelisch-palästinensische Verhältnis wurden in nur geringem Maße thematisiert. Lediglich 18% der befragten Israelis bezeichneten wenige Tage vor der Wahl den



Viele Parteien forderten unter Bezug auf die sozialen Proteste vom Sommer 2011 zur Wahlbeteiligung auf. Plakattext: „Vom Protest zur Abstimmung!“

israelisch-palästinensischen Konflikt als wichtiges Kriterium für ihr Votum. Zumindest die Zentrumsparteien sprachen sich in ihren Wahlplattformen für die „Zwei-Staaten-Regelung“ aus, während die extrem rechte nationalreligiöse Siedlerpartei die Annexion von Gebieten der Westbank forderte und *Likud Beitenu* auf die Veröffentlichung einer Wahlplattform gänzlich verzichtete. Forderungen nach politischem Verhandeln und nach Stopp der Siedlungspolitik waren vorwiegend von den Linksparteien zu hören.

Trotz der Abstinenz in der Regionalpolitik blieb die Sicherheitsproblematik nicht unterbelichtet. Vor allem Vertreter der bisherigen Regierung und die extreme Rechte schürten die Furcht vor islamischen Fundamentalisten bzw. betonten die „Bedrohung Israels“ durch Migranten und Flüchtlinge aus Nordafrika. *Likud Beitenu* stellte in einem Wahlspot z. B. den Bau des 230 Kilometer langen Grenzzauns zu Ägypten als einen seiner Haupterfolge dar. Mit Blick auf die internationale Öffentlichkeit erklärte Netanjahu: „Hauptproblem des Nahen Ostens sind nicht die israelischen Siedlungen, sondern der islamische Extremismus“ (JP 21.1.2013, S. 2)².

Der Streit um inhaltliche Ziele und Forderungen wurde – wie bereits bei vorangegangenen Urnengängen – weitgehend jedoch durch die Präsentation von Personen verdrängt oder zumindest modifiziert. Charismatische Politiker wie die „Shooting Stars“ Naftali

1 Siehe hierzu Angelika Timm: „Israel – Interregnum zwischen 18. und 19. Knesset“, www.rosalux.de/publication/38874/israel-interregnum-zwischen-18-und-19-knesset.html.

2 Pressezitate sind wie folgt gekennzeichnet: Jerusalem Post (JP); International Herald Tribune (IHT); Ha-Arez, hebr. (HA), engl. Ausgabe (Haaretz).

Bennett oder Jair Lapid beeindruckten vor allem junge Wähler. Beide Kandidaten erreichten über ihre Wahllisten zusammen immerhin 25% der Wählerschaft.

Zur Wahlrhetorik, insbesondere rechter Politiker, sei angemerkt, dass die latente Betonung des „Jüdischen“ (jüdisches Heim, jüdische Ideale, jüdisches Volk, jüdischer Staat etc.) dominierte, während „israelisch“ oder „demokratisch“ als Identifikationsmerkmale kaum auftauchten. Nicht-jüdische Bürger, d.h. ein Fünftel der Bevölkerung, wurden damit aus dem politisch-nationalen Kollektiv ausgegrenzt.

Der Wahltag war arbeitsfrei. Er kostete Staat und Wirtschaft ca. 1,7 Mrd. NIS (350 Mill. Euro).

Die israelische Parteienlandschaft – Veränderungen und Kontinuitäten

Im Vorfeld der Knessetwahlen veröffentlichten die israelischen Medien unentwegt Prognosen, in denen sie einerseits die beiden Blöcke der rechten und religiösen Kräfte, das „nationale Lager“ somit, und andererseits die „Mitte-Links-Parteien“ als Hauptkontrahenten verorteten. Handelte es sich somit tatsächlich um einen Lagerwahlkampf? Und wo war bzw. ist in diesem Spektrum die israelische Linke zu finden? Um diese Fragen zu beantworten, seien nachfolgend die wichtigsten Parteien bzw. Wahlbündnisse hinsichtlich ihrer Wählerschaft, Programmatik und Interessenlagen charakterisiert.

Rechtsnationaler Block

In der Regierungskoalition 2009 – 2012 dominierten mit insgesamt 42 Mandaten der von Benjamin Netanjahu geführte konservativ-nationalistische *Likud* (27) und die ultranationalistische Partei *Israel Beitenu* (15) unter Avigdor Lieberman. Am 25. Oktober 2012 verkündeten beide Vorsitzende die „Verschmelzung“ der Parteien und die Bildung der gemeinsamen Wahlliste **Likud Beitenu**. In der Haltung zum Krieg gegen Iran und zum israelisch-palästinensischen Konflikt existieren kaum Meinungsverschiedenheiten. Beide fordern die Vernichtung des iranischen Atompotenzials, ein Votum für ein „Großisrael“, Jerusalem als unteilbare Hauptstadt Israels, forcierte Siedlungspolitik, Zurückweisung jeder diesbezüglichen Kritik seitens EU und USA u. a. m. Differenzen existieren zum Verhältnis von Staat und Religion. Viele *Likud*-Wähler sehen die Dominanz des ultraorthodox dominierten Rabbinate in Personenstandsfragen als unabdingbar für den Erhalt des Jüdischen im Staat; die Mehrheit der – weitgehend säkularen – Anhänger von *Israel Beitenu* befürwortet ein ziviles Personenstands- und Familienrecht.

Ha-Bajit Ha-Jehudi („Das jüdische Heim“) ging 2008 – gemeinsam mit *Ichud Leumi* („Nationale Union“) – aus der Spaltung der Nationalreligiösen Partei (*NRP* bzw. *MAFDAL*) hervor. Die historische *NRP* hatte die Verbindung von Zionismus und Religion auf ihre Fahne geschrieben; sie wirkte über Jahrzehnte als „Zünglein an der Waage“ bei der Bildung von Koalitionsregierungen, entwickelte sich nach 1967 jedoch zur Interessenvertretung der israelischen Siedler im Westjordanland und im Gazastreifen. Wie ihre Vorgängerin lehnt *Ha-Bajit Ha-Jehudi* die Zwei-Staaten-Lösung generell ab; sie befürwortet stattdessen eine forcierte Siedlungspolitik und die Annexion weiter Teile von „Judäa und Samaria“. 2012 gelang es dem Unternehmer und Aktivisten der Siedlerbewegung Naftali Bennett, die Partei wiederzubeleben. Er erklärte nach der Wahl zum Parteivorsitzenden am 6. Dezember 2012: „Heute beginnt etwas Neues im Volke Israel. Wer denkt, dass die *MAFDAL* ihre historische Aufgabe beendet hat, wird die Antwort in den Wahllokalen erhalten.“ (HA, 7.12.2012, S. 7)

Block der Ultraorthodoxen

Die 1984 gegründete und seit 1988 in der Knesset vertretene ultraorthodoxe Partei des orientalischen Judentums – **Schas** – entwickelte sich relativ schnell zu einer beachtlichen politischen Kraft. Sie errang bereits 1999 17 Knessetsitze; 2009 zog sie mit 11 Abgeordneten in das Parlament ein. *Schas* war 1992 – 1993, 1996 – 1999 und 2001 – 2012 an Regierungen beteiligt. Die Rückkehr ihres ehemaligen Parteiführers Ariele Deri in die Politik sorgte im Frühjahr 2012 für Aufsehen. 2000 wegen Bestechung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und nach 22 Monaten freigelassen, galt (und gilt) der Politiker vielen orientalischen Juden als unschuldig verurteilt bzw. als politisch durch das aschkenasische Establishment „verfolgt“. Um in den Knessetwahlen zumindest erlangene Positionen zu verteidigen, einigten sich der Vorsitzende Eli Jischai und Deri auf eine Doppelspitze. Die Partei, deren religiöses und spirituelles Oberhaupt der ehemalige sephardische Oberrabbiner Ovadia Josef ist, versteht sich in sozialen und religiösen Fragen als Interessenvertreterin der orientalischen Juden sowie als Bewahrerin deren religiös-kultureller Identität. Die Trennung von Staat und Religion in familienrechtlichen Angelegenheiten lehnt *Schas* strikt ab.

Das **Vereinigte Thora-Judentum** (*VTJ*), die zweite ultraorthodox-religiöse Gruppierung, in der 18. Knesset mit fünf Abgeordneten vertreten, ist eine 1992 gebildete Allianz von zwei Parteien (*Agudat Israel* und *Degel Ha-Tora*). Ihre feste Klientel sind

die streng religiösen aschkenasischen (europäischstämmigen) Juden, die sogenannten Charedim (ca. 10% der israelischen Bevölkerung), konzentriert insbesondere in Wohnbezirken Jerusalems, in Bnei Brak (Großraum Tel Aviv) und in einigen Siedlungen der Westbank. *VTJ* strebt eine Ausweitung der religiösen Gesetzgebung auf alle Bereiche des täglichen Lebens an, plädiert für die Zurücknahme säkularer Elemente in Staat und Gesellschaft und lehnt westliche Kultureinflüsse bzw. Gesellschaftsmodelle, damit auch den Zionismus bzw. die Einberufung ultraorthodoxer junger Männer zum Wehrdienst, generell ab. Nicht zuletzt aus finanzpolitischen Erwägungen – staatliche Finanzierung des ultraorthodoxen Schulwesens und sozialer Einrichtungen – beteiligte sich die Partei mehrfach an Regierungskoalitionen, ohne jemals einen Ministerposten einzufordern.

Alte und neue Parteien der „Mitte“

Nach jeweils eigener Definition stehen vier Parteien im Zentrum des politischen Spektrums. Ein Zusammenschluss zu einem Wahlbündnis kam 2012 – trotz verschiedener Versuche – nicht zustande.

Die Arbeitspartei (**Avoda**) versteht sich als Nachfolgerin bzw. aktuelle Repräsentantin der einst mächtigen Sozialdemokratie, die die Grundlagen des israelischen Staates legte und ihn bis 1977 führte. Vom *Likud* unterscheidet sie sich nicht nur in wirtschaftspolitischen Fragen, sondern auch durch eine stärker säkulare Orientierung sowie durch moderatere nationale und soziale Artikulation. Ursprünglich der Idee des „demokratischen Sozialismus“ verpflichtet, proklamierte die *Avoda* in den 1980er und 1990er Jahren den Wohlfahrtsstaat als Ziel und die freie Marktwirtschaft als Weg. Schelly Jachimowitsch, seit 2012 Parteivorsitzende, verortete die *Avoda* im politischen Zentrum Israels, da sie nie eine linke Partei gewesen sei (Haaretz, 9.11.2012).

Die Anerkennung der PLO, die Vereinbarungen von Oslo und der Abschluss des Friedensvertrags mit Jordanien in der Regierungszeit Jizchak Rabins ließen die Sozialdemokratie zeitweilig zur zentralen Kraft im Lager der „Tauben“ werden. Nach der Ermordung Rabins 1994 rückte die Parteiführung jedoch von den Kompromissformeln „Land für Frieden“ bzw. „Sicherheit durch Frieden“ zunehmend ab. Das gesamte Jerusalem solle israelisch bleiben; die Rückkehr zu den Grenzen vom 4. Juni 1967 sei auszuschließen; die Mehrheit der Siedlungen müsse israelischer Hoheit unterstellt bleiben.

Die 2005 durch Ariel Scharon gegründete *Kadima* („Vor!“) rekrutierte sich vorwiegend aus ehemaligen

Mitgliedern des *Likud* und der Arbeitspartei. Die Partei ging aus den Parlamentswahlen 2006 und 2009 als stärkste Kraft hervor. Im Mai 2012 trat sie für zwei Monate dem Kabinett Netanjahus bei. Um Israel als Staat mit mehrheitlich jüdischer Bevölkerung zu erhalten, unterstützt *Kadima* eine Zwei-Staaten-Lösung, d. h. die Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels, begleitet durch Gebietsaustausch; Jerusalem und die großen Siedlungsblöcke sollten in das Staatsterritorium Israels dauerhaft eingegliedert werden. Die Partei wurde 2012/13 durch den ehemaligen Generalstabschef Schaul Mofaz in den Wahlkampf geführt.

Neu im israelischen Parteienspektrum ist **Jesch Atid** („Es gibt eine Zukunft“). Ihr Initiator Jair Lapid ging im Januar 2012 mit einem Gemenge militärischer und sozialer Themen an den Start. Der Sohn des Repräsentanten der ehemaligen antiklerikalen bürgerlich-liberalen *Schinui* (1999 – 2006), Tommy Lapid, bot vor allem

konservativen und liberalen Wählern eine politische Plattform. Der populäre TV-Moderator und Journalist befürwortet die Zwei-Staaten-Lösung bei Annexion wichtiger Siedlungsblöcke und Erhalt Jerusalems als ungeteilter Hauptstadt Israels. Er tritt für Wehr- bzw. Zivildienst aller Bürger des Landes, d. h. auch der ultraorthodoxen Juden und arabischen Bürger, ein. In wirtschaftlicher bzw. sozialer Hinsicht vertritt *Jesch Atid* die Interessen des oberen israelischen Mittelstands.

Nur wenige Wochen vor den Parlamentswahlen gründete Zipi Livni die Partei **Ha-Tnuah** („Die Bewegung“). Livni wirkte von September 2008 bis März 2012 als Vorsitzende von *Kadima* und von Januar 2006 bis März 2009 als israelische Außenministerin. Während der 18. Knesset war sie – freilich kaum in Erscheinung tretende – Oppositionsführerin im Parlament. Ihre Rückkehr in die aktive Politik begründete Livni mit dem Erfordernis, im Interesse Israels Verhandlungen mit den Palästinensern zu führen und eine Zwei-Staaten-

Lösung anzustreben. Es gelang ihr, einen Teil der ehemaligen *Kadima*-Aktivisten in die neue Zentrumspartei einzugliedern.

Die israelische Linke

Auf der linken Seite des politischen Spektrums stehen die zionistisch-sozialistische **Merez** und die von der Kommunistischen Partei Israels geführte *Chadasch*. *Merez* entstand 1992 durch Zusammenschluss der linksozialistischen *MAPAM*, der Bürgerrechtsbewegung *RAZ* und der liberalen *Schinui*. Die Partei unterstützte Vereinbarungen mit der PLO, engagierte sich nach wie vor für die Zwei-Staaten-Lösung und kritisiert vehement die israelische Siedlungspolitik. Sie setzt sich für einen liberal-säkularen Staat, Gleichberechtigung der Geschlechter und verbesserte Bildungspolitik ein. 1992 errang *Merez* zwölf Knessetmandate und trat der Regierung Rabin bei; nach der Zweiten Intifada verringerte sich die Zahl ihrer Abgeordneten dramatisch; 2009 erzielte sie lediglich drei Knessetsitze. In den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne stellte die Partei den sozialen Protest. Einzig ihre Partei, so die Vorsitzende Zehava Gal-On im Oktober 2012, stelle eine Verbindung zwischen der Okkupation und sozio-ökonomischer Gerechtigkeit her. Als sicher gelte zudem, dass *Merez* nicht einer künftigen Regierung unter Benjamin Netanjahu beitreten werde.

Chadasch („Demokratische Front für Frieden und Gleichheit“) versteht sich seit ihrer Gründung 1977 als arabisch-jüdisches Bündnis, findet ihre Anhängerschaft jedoch vor allem im arabisch-palästinensischen Sektor. Fraktionsvorsitzender ist Mohammed Barakeh. Die Front war die erste politische Partei, die die Forderung „Israel und Palästina – Zwei Staaten für zwei Völker“ erhob. Der Erfolg auf der „jüdischen Straße“ ist nicht zuletzt dem Umweltaktivisten Dov Khenin, Knessetmitglied seit 2006, zuzuschreiben. *Chadasch* setzt sich für die Gleichberechtigung der jüdischen und arabischen Bürger Israels, soziale Gerechtigkeit und die Trennung von Staat und Religion ein. Den Wahlkampf zur 19. Knesset startete die Partei mit dem Aufruf, der Regierung nicht das Mandat zu erteilen, „das israelische Volk und die Völker der Region erneut in einen gefährlichen Regionalkrieg gegen Iran, Gaza, Libanon und Syrien zu führen“; *Chadasch* sei eine kämpferische Opposition und werde es auch bleiben (Zo Haderekh, 24.10.2012).

Arabische Parteien

Die Vereinigte Arabische Liste (**Ra'am**) – ein Bündnis von Arabischer Demokratischer Partei, Islamischer Bewegung und der von Ahmed Tibi geführten Ta'al – sucht vor allem traditionelle

Wahlergebnisse im Überblick³:

Wahlliste / Fraktion	Charakterisierung (Spitzenkandidat/in)	Stimmen absolut	Stimmen in %	Sitze 2013 (2009)
Likud Beitenu („Likud – Unser Heim“)	Wahlbündnis von Likud und Israel Beitenu, konservativ-nationalistische Rechtspartei (Benjamin Netanjahu/Avigdor Lieberman)	884.631	23,32	31 (27) (15)
Jesch Atid („Es gibt eine Zukunft“)	Konservativ-liberale jüdische Zentrumspartei, gegründet im Januar 2012 durch den Fernsehmoderator Jair Lapid	543.280	14,32	19
Mifleget Ha-Avoda („Partei der Arbeit“)	Israelische Sozialdemokratie (Schelly Jachimowitsch)	432.083	11,39	15 (13)
Ha-Bajit Ha-Jehudi („Das jüdische Heim“)	Rechtsextreme nationalistisch-religiöse Partei, Interessenvertreter der Siedler, 2008 aus Nationalreligiöser Partei hervorgegangen (Naftali Bennett)	345.935	9,12	12 (3)
Schas („Sephardische Thora-Wächter“)	Religiös-ultraorthodoxe Partei orientalischer Juden (Eli Jischai/Arieh Deri)	331.800	8,75	11 (11)
Vereinigtes Thora-Judentum (VTJ)	Religiös-ultraorthodoxe Partei aschkenasischer Juden (Jaakov Litzman)	196.038	5,17	7 (5)
Ha-Tnuah („Die Bewegung“)	Neu gegründete Zentrumspartei, die Zwei-Staaten-Lösung in Mittelpunkt stellt (Zipi Livni)	189.168	4,99	6
Merez	Zionistische Linkspartei (Zehava Gal-On)	172.382	4,54	6 (3)
Ra'am („Vereinigte Arabische Liste“)	Bündnis von Arabischer Demokratischer Partei, Islamischer Bewegung und Ta'al (Ibrahim Sarsur)	138.362	3,65	4 (4)
Chadasch („Demokratische Liste für Frieden und Gleichheit“)	Von KPI geführtes jüdisch-arabisches Bündnis mit überwiegend arabischer Mitgliedschaft (Muhamad Barakeh)	113.610	3,00	4 (4)
Balad („National-Demokratischer Bund“)	Arabisch-nationale Partei (Jamal Zahalka)	96.926	2,56	3 (3)
Kadimah („Vorant“)	2005 durch Ariel Scharon gegründete Zentrumspartei, der v. a. Mitglieder des Likud und der Arbeitspartei beitraten, Spaltung 2012 (Schaul Mofaz)	79.487	2,10	2 (28)
Ichud Le'umi („Nationale Union“)	Religiös-nationalistische Siedlerpartei; z.T. in Ha-Bajit Ha-Jehudi aufgegangen			- (4)

³ www.votes-19.gov.il/nationalresults (28.01.2013)

bzw. religiöse Muslime anzusprechen. Sie lehnt die von linken Kräften geforderte Trennung von Staat und Religion ab. Tibi war in den 1990er Jahren als Berater Jasir Arafats für israelische Angelegenheiten tätig. Er gilt als einer der prominentesten arabischen Politiker Israels.

Balad („National-Demokratischer Bund“) wurde 1995 gegründet. Ihr Initiator, Asmi Bischara, an der Humboldt-Universität Berlin promovierter Philosoph, war 1999 Direktkandidat für das Amt des Premierministers. In Israel wegen „nicht genehmigter“ Reisen in arabische Staaten der „Spionage“ beschuldigt, kehrte er 2007 von einer Auslandsreise nicht zurück. *Balad* tritt prononciert mit arabisch-nationalistischen Slogans auf. Im Gegensatz zu *Ra'am* versteht sich die Partei als säkular und lehnt die islamische Bewegung ab. In der Knesset ist *Balad* u. a. durch Jamal Zahalka und Hanin Zuabi vertreten.

Ra'am und *Balad* votieren gegen israelische militärische Präventivschläge und setzen sich für einen palästinensischen Staat an der Seite Israels, die Räumung der Siedlungen in den besetzten Gebieten und die volle Gleichberechtigung der arabischen Staatsbürger („Israel – ein Staat für alle seine Bürger“) ein.

Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse

Die im Vorfeld der Knessetwahlen sich abzeichnenden Tendenzen politischer Verdrossenheit, Desillusionierung und Apathie ließen eine geringe Wahlbeteiligung erwarten. Viele Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen kämpften daher „gegen die Gleichgültigkeit“ an und forderten zur aktiven Wahrnehmung der bürgerlichen Rechte auf. Die Wahlbeteiligung (67,79%) wurde in der Tat ein Erfolg (2006 – 63,5%; 2009 – 64,8%); sie war, auch im Vergleich mit westeuropäischen Staaten, relativ hoch. Für israelische Verhältnisse gilt sie dennoch als gering, machten während der ersten fünf Jahrzehnte nach Staatsgründung doch durchschnittlich 80% der Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Voraussagen von Experten, dass sich höchstens 45% der arabisch-palästinensischen Bürger (20,3% der Gesamtbevölkerung) an der Abstimmung beteiligen würden, erfüllten sich nicht. Zur 19. Knesset gaben 58% der arabischen Wahlberechtigten, 3% mehr als 2009, ihre Stimme ab.

Wahlsieger wurde – wie allseitig prognostiziert – *Likud Beitenu*, die gemeinsame Wahlliste von *Likud* und *Israel Beitenu*. Der erhoffte überwältigende Erfolg blieb jedoch aus. Hatten beide Parteien 2009 noch 42 Mandate errungen, mussten sie sich nunmehr mit 31 begnügen. Avigdor Lieberman

war sechs Wochen vor den Wahlen wegen drohender Gerichtsverfahren von seinem Amt als Außenminister zurückgetreten und hielt sich im Wahlkampf bedeckt. *Likud Beitenu* setzte vor allem auf Sicherheitsfragen und betonte, Netanjahu sei der einzige starke Politiker, der Israel in dieser schweren Zeit führen könne. Auf der Wahlliste dominierten Hardliner in der Palästinenserfrage; liberale *Likud*-Politiker wie Dan Meridor und Benny Begin sind in der 19. Knesset nicht mehr vertreten.

Zweitstärkste Fraktion wurde **Jesch Atid**. Ihr Vorsitzender Jair Lapid versteht sich als Integrationsfigur und gilt bei den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen als „Königsmacher“. Obwohl er sich nicht ausdrücklich mit der sozialen Protestbewegung solidarisierte, profitierte er indirekt von der Frustration großer Teile der sozialen Mittelschicht, die mit der Politik der Regierung Netanjahu/Lieberman unzufrieden sind. Unterstützung fand er insbesondere im säkularen aschkenasischen Establishment, aber auch unter vielen – politisch noch nicht festgelegten – jungen Wählern.

Die Arbeitspartei (**Avoda**) konnte ihr erklärtes Ziel, Benjamin Netanjahu abzulösen, nicht erreichen, erhielt unter ihrer 2012 gewählten neuen Vorsitzenden, der Journalistin Schelly Jachimowitsch, jedoch einen leichten Stimmenzuwachs bzw. konnte die Zahl der Mandate von 13 auf 15 erhöhen. Jachimowitsch konzentrierte sich im Wahlkampf auf soziale Fragen und nahm mehrere Aktivisten der Protestbewegung in ihr Team auf. In der Wahlplattform wurden als Hauptpunkte benannt: wirtschaftliche Gerechtigkeit (insbesondere Förderung des Mittelstands), höhere Sozialleistungen, die Zwei-Staaten-Lösung, Umweltschutz und Kampf gegen Korruption sowie Stärkung der Demokratie. Die *Avoda* stand damit in der Nähe von *Jesch Atid*. Viele unentschlossene Wähler entschieden sich letztlich gegen die alte/neue Sozialdemokratie und wählten Jair Lapid, dem sie als künftiges Kabinettsmitglied eine „Zügelung Bibis“ zutrauten.

Das Erstarken der extremen nationalistischen Rechten, vertreten vor allem durch **Ha-Bajit Ha-Jehudi**, gehört zu den Hauptergebnissen der Wahl 2013. Die Partei profitierte insbesondere von der Vereinigung des *Likud* mit der für eine Trennung von Staat und Religion im Familienrecht eintretenden Partei *Israel Beitenu*; viele religiöse Wähler verließen den *Likud* und unterstützten die Siedlerpartei. Die Nationalreligiösen konnten ihre Präsenz in der Knesset damit von 7 auf 12 erhöhen. Noch am Wahlabend ließ der Parteivorsitzende Naftali Bennett keinen Zweifel daran, dass sein „neuer Zionismus“ auf ein „Groß-Israel“, d. h. die Aufrechterhal-

tung israelischer Herrschaft über die palästinensischen Gebiete, abziele: „Es gibt nicht zwei Narrative. Es gibt nur eine Wahrheit: Erez Israel gehört dem jüdischen Volk.“

Die ultraorthodoxen Parteien konnten die Wahlergebnisse im Vergleich zu 2009 verbessern. Während **Schas** einen Stimmenzuwachs von 45.500 erlangte, stimmten 49.084 Bürger mehr als 2009 für *VTJ*; das Ergebnis waren zwei zusätzliche Parlamentsmandate. Die numerischen Veränderungen sind in erster Linie nicht dem politischen Agieren oder dem sozialen Wandel geschuldet, sondern primär dem natürlichen Zuwachs der ultraorthodoxen Bevölkerung zuzuschreiben.

Zu den wichtigeren Ergebnissen der Knessetwahl gehört, dass die bereits „tot gesagte“ Linke recht lebenskräftig in den Wahlkampf eingriff. Mit sechs Parlamentsabgeordneten hat **Merez** ihr „historisches Tief“ (2009 – 3 Mandate) überwunden. Zehava Gal-On, die 2012 gewählte Vorsitzende der Partei links-zionistischer, demokratisch gesinnter säkularer, zumeist europäischstämmiger jüdischer Israelis, erklärte im Wahlkampf, dass *Merez* gegen jede rechtsnationalistische Regierung unter Benjamin Netanjahu opponieren werde.

Die arabischen Bürger Israels sprachen sich – wie erwartet – mehrheitlich für bewährte Parteien aus, die sich als ihre Interessenvertreter profiliert haben und bereits während mehrerer Wahlperioden in der Knesset vertreten sind (**Vereinigte Arabische Liste, Chadasch, Balad**). Die drei Parteien konnten die Zahl ihrer Knessetvertreter behaupten; der *VAL* fehlten nur wenige Stimmen für ein fünftes Mandat. Die Ergebnisse beweisen, dass zunehmend mehr arabische Bürger Israels selbstbewusst und selbstbestimmt die Geschicke des Landes mitgestalten wollen.

Insgesamt wurden 3.793.221 gültige Stimmen ausgezählt. Davon entfielen 269.483 (7,1%) auf 20 kleinere Parteien, die vorwiegend Partikularinteressen bedienen und die Sperrklausel nicht überwinden konnten. Zu ihnen gehören *Ozma ie-Israei* („Stärke für Israel“, rechtsnationalistisch-jüdische Partei, 1,76%), *Ha-Jisrae'im* („Die Israelis“, eine Partei russischsprachiger Israelis, 0,5%), *Am Schalem* („Ein ganzes Volk“, Abspaltung von *Schas*, 1,2%), die jüdisch-arabische Liste *Da'am* (0,09%), *Ha-Jerukim we-ha-Ze'irim* („Die Grünen und die Jungen“, 0,22%) und die *Piratenpartei* (0,06%).

Die Klüfte innerhalb der israelischen Gesellschaft zeigten sich deutlich im Wahlverhalten: Während 48,6% der **Tel Aviver** Bürger für Zentrumsparteien und 14,3 % für *Merez* stimmten und nur 8% ultraorthodoxe Parteien wählten, sprachen sich in **Jerusalem** 39,7% für

VTJ bzw. *Schas* und lediglich 16,7% für Zentrumsparteien aus. Die **Kibbuzim** sind nach wie vor eine Hochburg der Sozialdemokratie – 35,7% ihrer Bewohner wählen *Avoda* und 19,7% *Merez*. In den **Entwicklungsstädten** dominierten dagegen *Likud Beitenu* (32%), *Schas* (19,3%) und *Ha-Bajit Ha-Jehudi* (11,9%). Die **jüdischen Siedler** der Westbank gaben ihre Stimme erwartungsgemäß vor allem *Ha-Bajit Ha-Jehudi* (27,9%), *Likud Beitenu* (21,3%) und *Schas* (9,5%) bzw. *VTJ* (17,1%). Mehr als drei Viertel (77,4%) der zur Wahlurne gegangenen arabischen Bürger Israels wählten Parteien, die sie als ihre Interessenvertreter betrachten – *VAL* (32%), *Chadasch* (23,4%) und *Balad* (22,0%); auf jüdische Parteien entfielen in arabischen Ortschaften insgesamt 21,2% der gültigen Stimmen.

Zusammensetzung der 19. Knesset

Die ethnische, weltanschauliche und berufliche Komposition des israelischen Parlaments, das am 5. Februar 2013 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten wird, hat sich gegenüber der vergangenen Legislaturperiode deutlich verändert:

- 48 Knessetmitglieder (40%) wurden zum ersten Mal in die Legislative gewählt.

- Der „weibliche Faktor“ erhöhte sich von 21 auf 27 Abgeordnete; er erreichte mit 22,5% ein „historisches Hoch“; den größten Frauenanteil hat *Jesch Atid* (42%), während die ultraorthodoxen Parteien, jedoch auch *Chadasch* und *VAL* keine Frau in die Knesset delegierten.

Die arabischen Bürger Israels sind mit 12 Abgeordneten (10%) deutlich unterrepräsentiert. Außer *VAL* (4), *Chadasch* (3) und *Balad* (3) stellen *Merez* und *Likud Beitenu* je einen arabischen Abgeordneten; der einzige arabische Likud-Parlamentarier entstammt der arabischdrusischen Minderheit; die einzige arabische Frau in der 19. Knesset (Hanin Zuabi) vertritt *Balad*.

- Sieben Abgeordnete sind Einwanderer aus den GUS-Staaten; zwei stammen aus Äthiopien und einer aus den USA.

- Die Zahl streng religiöser jüdischer Knessetmitglieder hat sich mit 39 auf 32,5% erhöht. Dabei handelt es sich um die 18 Vertreter der ultraorthodoxen Parteien *Schas* und *VTJ* sowie um 21 Abgeordnete mit nationalreligiösen Anschauungen (*Ha-Bajit Ha-Jehudi* – 11, *Likud* – 6, *Jesch Atid* – 3, *Ha-Tnuah* – 1).

- In der 19. Knesset sind 12 im palästinensischen Westjordanland ansässige Siedler vertreten (2006 – 7, 2009 – 10).

- In die neue Legislative wurden fünf Generäle und weitere zehn ehemalige hohe Offiziere gewählt.

- Zum ersten Mal seit der Gründung

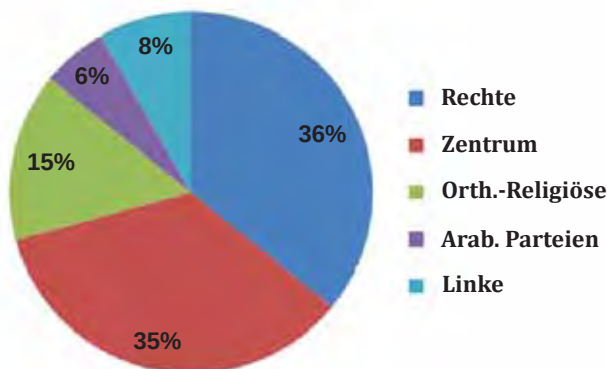
des Staates Israel ist kein Kibbuzmitglied in der Knesset vertreten.

Optionen für die Regierungsbildung

Im künftigen israelischen Parlament zeichnen sich fünf Parteienblöcke ab (vgl. Kreisdiagramm):

- Rechtsblock:** Likud Beitenu, Ha-Bajit Ha-Jehudi (43 Mandate)
- Zentrum:** Jesch Atid, Arbeitspartei, Ha-Tnuah, Kadima (42 Sitze)
- Religiös-ultraorthodoxe Parteien:** Schas, Vereinigtes Thora-Judentum (18 Abgeordnete)
- Arabische Parteien:** Vereinigte Arabische Liste, Balad (7 Parlamentssitze)
- Linke:** Merez, Chadasch (10 Mandate).

Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses wird am 30. Januar 2013 erwartet. Erst dann kann der Staatspräsident – nach Konsultation mit allen im neuen Parlament vertretenen Parteien – dem Abgeordneten, der die größten Aussichten für die Zusammenstellung einer mehrheitsfähigen Regierung aufweist, den entsprechenden Auftrag erteilen. Die für die Kabinettsbildung zur Verfügung stehende Zeit – 28 Tage – kann gegebenenfalls um 14 Tage verlängert werden.



Das Wahlergebnis lässt Netanjahu für die Regierungsbildung nur geringe Intentionen entsprechende Spielräume, bietet ihm jedoch mehrere taktisch-politische Variationsmöglichkeiten. Da für die von der *Avoda*-Vorsitzenden Jachimowitsch am Wahlabend als erstrebenswert genannte Variante einer Mitte-Links-Koalition (unter Einbeziehung der beiden ultraorthodoxen Parteien) keine realen Voraussetzungen bestehen, ergeben sich für Netanjahu folgende Optionen:

1. Eine breite Rechts-Mitte-Koalition, bestehend aus *Likud Beitenu*, *Jesch Atid*, *Ha-Bajit Ha-Jehudi*, *Schas* und *VTJ* (80 Mandate);

2. eine Mitte-Rechts-Koalition ohne die ultraorthodoxen Parteien und unter möglicher Einbeziehung weiterer Zentrumsparteien – *Likud Beitenu*, *Jesch Atid*, *Ha-Bajit Ha-Jehudi*, *Ha-Tnuah*, *Kadima* (70 Mandate);

3. eine Mitte-Rechts-Koalition mit Verzicht auf die extreme Rechte – *Likud Beitenu*, *Jesch Atid*, *Ha-Tnuah*, *Kadima*, *Schas* und *VTJ* (76 Mandate);

4. eine Rechtsregierung des „nationalen Lagers“ nach Vorbild der 18. Knesset, geformt durch *Likud Beitenu*, *Ha-Bajit Ha-Jehudi*, *Schas* und *VTJ* (61 Mandate).

Netanjahu sprach sich in seiner „Siegesrede“ am 22. Januar für eine möglichst breite Koalition aus und nahm bereits einen Tag nach der Wahl Gespräche mit den Repräsentanten von *Jesch Atid*, *Ha-Bajit Ha-Jehudi* und *Schas* auf. Als aussichtsreich gilt die Bildung einer breiten Rechts-Mitte-Koalition (Variante 1). Die Beteiligung Lapid an diesem Szenario wird erwartet.

Auch die Varianten 2 und 3 – Verzicht auf die Ultraorthodoxen oder auf die extreme Rechte bei der Regierungsbildung – könnten realitätsmächtig werden, sollten sich die betreffenden Parteien als ungenügend kompromissbereit erweisen. Zumindest hat Netanjahu zu berücksichtigen, dass Bennett als Kabinettsmitglied das internationale Ansehen Israels weiter beeinträchtigen, den Einfluss der Siedler auf die israelische Politik wesentlich verstärken und die Gesellschaft noch tiefer spalten könnte. Auch das Zusammenspiel von Lapid mit seinen möglichen Kabinettskollegen von *Schas* und *VTJ* könnte ernsthafte Probleme kreieren, fordert die „Zukunftspartei“ – energischer noch als *Israel Beitenu* – doch „Wehrdienst für alle“, d. h. auch für die Charedim, Reform des Bildungswesens, Verkleinerung der Regierung und zivilrechtliche Reformen, die

die Ultraorthodoxie nicht mitzutragen bereit ist.

Hinzu tritt, dass die Knesset zwei Monate nach ihrer Konstituierung den Haushalt 2013 verabschieden muss – ein Akt mit hoher politischer Sprengkraft. Die unterschiedlichen Gruppeninteressen bei der Zuteilung der Budgetmittel werden nur schwer miteinander zu vereinbaren sein. Auch *Israel Beitenu* dürfte sich – nach der Phase erzwungener Zurückhaltung – wieder verstärkt mit harschen Forderungen nach politischen Pfründen zu Wort melden.

Die Kompliziertheit der bevorstehenden Koalitionsverhandlungen hat in der israelischen Öffentlichkeit erneut die seit Jahren schwelende Diskussion über ein neues Wahlsystem angefach. Die 1996 erstmals erprobte Direktwahl des Ministerpräsidenten bewährte sich nicht. Sie wurde nach drei Urnengängen wieder abgeschafft.

Neue Regelungen müssten garantieren, dass alle Segmente der israelischen Bevölkerung in der Legislative vertreten sind und das Land nicht stetig durch vorgezogene Neuwahlen und langwierige Koalitionsverhandlungen für längere Zeiträume paralytisch wird.

Fazit: Wesenszüge, Trends und spezifische Erfahrungen der Knessetwahlen

Der Blick auf die bestimmenden Diskussionen in Vorbereitung der Wahlen bzw. auf die Ergebnisse der Abstimmung lässt erste wertende Schlussfolgerungen zu:

- Die Wahlen sollten zunächst als Nachweis für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie gewertet werden. In der israelischen Gesellschaft und Politik existieren nach wie vor Korrektorelemente, die sich im konkreten Fall z. B. auf die Zügelung des Machtmonopols von *Likud Beitenu* und damit Benjamin Netanjahus richteten. Für die Orientierungssuche im politischen System und für die Selbstbestimmtheit der Wähler stehen eine breit gefächerte Parteienlandschaft und eine agile Zivilgesellschaft.

- Die Wahlen gaben Antwort auf die verfehlte Innen- und Außenpolitik der „Bibermann-Regierung“, d. h. auf die neoliberale Wirtschaftspolitik, die sozialpolitischen Verwerfungen, die Politikresistenz bezüglich regionaler Herausforderungen und die verstärkte außenpolitische Isolierung. Sie vermittelten Impulse, wie das viel beschworene politische Vakuum neu auszufüllen sei bzw. der „Politikverdrossenheit“ begegnet werden könne.

- Die Wahlen widerspiegeln den seit 1967/1977 zu beobachtenden Rechtstrend in der politischen Orientierung des Landes bzw. in der Agenda vieler Parteien. Der Wahlerfolg Naftali Bennetts, jedoch auch die Wiederwahl des Machtduos Netanjahu – Lieberman stehen dafür. Zugleich zeitigte das nationale Plebiszit eine Reihe retardierender Elemente, die den genannten Trend variieren bzw. verlangsamen. Dem Rechtsblock (*Likud Beitenu*, *Ha-Bajit Ha-Jehudi*, *Schas*, *VTJ*) steht nach den Wahlen ein annähernd gleich starkes Lager von zentristischen und Linksparteien gegenüber (61:59 Mandate). Von einer politischen Wende kann dennoch nicht gesprochen werden, da sich in allen Parteien nationalistische Stimmungen und Forderungen als politische Orientierungen und Aktionsfelder weitgehend durchgesetzt haben. Bedingte Ausnahmen bilden die beiden Linksparteien.

Die Formierung neuer Kräfte in der Parteienlandschaft und das erfolgreiche Auftreten charismatischer politischer Führungspersonen (Jair Lapid, Naftali Bennett)

vermittelten den Eindruck, dass diese die Wahlen gewonnen und das Kräfteverhältnis innerhalb der israelischen Parteienlandschaft grundsätzlich verändert hätten. Die Parteien des politischen Zentrums erhielten 2013 jedoch nur ein Mandat mehr als 2009. Als Erfolg ist zweifellos zu werten, dass eine Stärkung der Rechtsparteien verhindert und ihre Präsenz um sechs Mandate verringert wurde. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sowohl in *Likud Beitenu* als auch in *Ha-Bajit Ha-Jehudi* Vertreter mit rechtsextremistischen Positionen gestärkt wurden; innerhalb des Likud erfolgte eine Schwächung des liberalen Elements.

- Die von den Rechtsparteien eingeleitete Abkehr vom „demokratischen Staat“ und die Hinwendung zum „jüdischen Staat“ bzw. zur „jüdischen Identität“ als gesellschaftsprägendes Element werden von vielen Parteien mitgetragen bzw. entsprechen der Grundüberzeugung relativ breiter Wählerschichten. Als Kompromissvarianten bleiben die Betonung Israels als „demokratischer und jüdischer Staat“ bzw. die Rückbesinnung auf die progressiv-liberalen Elemente der jüdischen Nationalbewegung.

- Zu den Wesensmerkmalen der Wahlen zur 19. Knesset gehören die Nachwirkungen der Sozialproteste vom Sommer 2011 bzw. die Politisierung der israelischen Mittelschichten. Soziale Themen wurden in der Agenda mehrerer Parteien aufgenommen bzw. junge Aktivisten der Sommerproteste auf realistische Listenplätze gesetzt. Hinzu trat die politische Wiederbelebung der liberalen konservativen Mitte, die weitgehend aus dem Parteienspektrum verschwunden war. Ihre Stärkung ging einher mit einer Fragmentierung des Zentrums, die aufgrund politischer Gegensätze und persönlicher Animositäten nicht überwunden werden konnte.

- Zu den offensichtlichen Fehlern in den Wahlstrategien bzw. -taktiken der Parteien gehören u. a. die Krierung des Aktionsbündnisses *Likud Beitenu* bzw. die Fehleinschätzung des „Lieberman-Faktors“, die ostentative Selbstplatzierung der *Avoda* als Partei der Mitte, ihre Vernachlässigung der Palästinenserfrage und die frühe Absage Schelly Jachimowitschs an eine von Netanjahu geführte Koalitionsregierung, das zu späte Reagieren der *Ha-Tnuah* Zipi Livnis auf die Veränderun-

gen im politischen Spektrum und die Absage der Zentrumsparteien an eine konzertierte Aktion bzw. an eine numerisch mögliche Regierungsbildung ohne Netanjahu.

Der arabische Faktor für die Innenpolitik wurde auch bei den Wahlen zur neuen Legislative nicht voll genutzt. Die arabischen Parteien vermochten zwar bisherige Positionen zu verteidigen, konnten jedoch nicht das vorhandene Wählerpotenzial mobilisieren (vgl. Wahlbeteiligung und Parlamentssitze). Gleiches betrifft andere marginale Bevölkerungssegmente. Auch die neue Knesset widerspiegelt somit nur bedingt die israelische Gesellschaft und schafft ein verzerrtes Bild der politischen und gesellschaftlichen Realität.

- Die Linke vermochte sich im Umfeld der Wahlen wieder verstärkt in den öffentlichen Diskurs einzubringen. *Chadasch* konnte ihre Vertretung im Parlament (4 Sitze) behaupten. *Merez* überwand das historische Tief von 2009 durch Verdoppelung der Mandate. Die ideell-politische Aktivierung geht jedoch noch nicht einher mit einer neuen machtpolitischen Bedeutsamkeit.

Außenpolitische Akzente spielten im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle. Das betrifft insbesondere die israelische Regionalpolitik (Positionierung zu den Wandlungsprozessen im arabischen Raum). Dem Verhandlungsprozess mit den Palästinensern wurden kaum neue Impulse verliehen. Die Beschwörung der iranischen Gefahr, zentrale Fragestellung zu Beginn des Wahlkampfes, wurde vorübergehend zurückgenommen. Auch die Verbesserung des Verhältnisses zu den USA bzw. zu Präsident Obama und zu den westeuropäischen Staaten spielte in den Wahlversprechungen und -disputen keine direkte Rolle; das Unbehagen in bestimmten Wählerschichten freilich könnte sich im Votum für Zentrumsparteien widerspiegeln, die eine eher ausgewogene Außenpolitik befürworten. Die Beschwörung der nationalen, auch militärischen Sicherheit hielt sich die Waage mit sozialen und anderen zivilen Themen.

Erst die politische Ausrichtung bzw. personale Komposition der dritten Regierung Netanjahu, d. h. die Besetzung der Seniorposten im Kabinett und die Darlegung der Wirkungsziele der neuen Exekutive, werden Auskunft darüber geben, ob der Rechtskurs der bisherigen Regierung und damit die wenig produktive Wirksamkeit bzw. die populistischen Trends der 18. Knesset fortgesetzt werden oder ob sich mehr Realismus und eine stärkere Orientierung auf zukunftsgerichtete nationale Ziele und Interessen durchsetzen werden.

Impressum:

Rosa Luxemburg Foundation (CC) • Israel Office

Address: 26 Nahmani St • Tel Aviv 66794

Mailing Address: P.O.B. 536 • Tel Aviv 61004 • Israel

Phone: 03-6228290 • Fax: 03-6855632 • Email: office@rosalux.co.il

Inhalt

Aktuelle Meldungen	2
Nato-Sicherheitskonferenz in München	
• Und sie bewegen sich doch!	
Diskussion in der Linkspartei: wie weiter?	3
Der Hang zur harten Linie	4
Entwurf Wahlprogramm Die Linke	4
Die Türkei, der Syrienkonflikt und die Kurden	6
Morde in Paris überschatten Verhandlungen zwischen Türkei und PKK	6
Auslandsnachrichten	8
Finanzkrise zerstört weltweit Jobs • Europäische Gewerkschaften gegen Sozialdumping • Europäische Proteste gegen Ausweitung der Flugdienstzeiten • Türkei: Konflikt bei DHL verschärft sich • Katar: Nein zur Fußball-WM 2022 • Iran: ITF setzt sich ein für Wiedereinstellung entlassener Beschäftigter • Bangladesch: Erneut Brandopfer bei KiK-Zulieferer • China: Erneuter Streik bei Foxconn • El Salvador: Flughafen-Gewerkschafter entlassen	
Aktionen ... Initiativen	10
Volksbegehren gegen Studiengebühren erfolgreich • Dresden will demokratischen Protest verbieten • Die Frauenflüchtlingskonferenz in Hamburg • Kinderhilfswerk und UNICEF starten bundesweite Initiative „Kinderfreundliche Kommunen“ • Altmaier und Kretschmann zerstören Vertrauen für einen gesellschaftlichen Konsens in der Atomüll-Frage	
Mannheim: Mehrheit im Stadtrat für Bundesgartenschau im Jahr 2023	11
Krise bei Opel – Das Ruhrgebiet im Strukturwandel	12
Kommunale Politik	15
Wasser ist ein Menschenrecht: Berlin. • Praktikable Lösung im Kampf gegen verwahrloste Immobilien: Berlin. • Landkreistag begrüßt (Rück-)Änderung des schleswig-holsteinischen Sparkassengesetzes: Berlin.	
„Marshallplan für Europa“ – Ein Plan mit Konstruktionsmängeln	16
Das Streikrecht darf Managertaktiken nicht zum Opfer fallen!	17
Wirtschaftspresse	17
Wahlen zur 19. Knesset – Ergebnisse und Perspektiven	18
Themen und Akzente des Wahlkampfes • Die israelische Parteienlandschaft – Veränderungen und Kontinuitäten • Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse • Zusammensetzung der 19. Knesset • Optionen für die Regierungsbildung	
Rezensiert: Ulrich Beck, Das deutsche Europa	24

Rezensiert: Ulrich Beck, „Das deutsche Europa“

Von „Nationalstaatsorthodoxen“ und „Europaarchitekten“

Der Münchner Soziologieprofessor Ulrich Beck hat ein leidenschaftliches Essay zur Europadebatte herausgegeben. Im Vorspann schreibt Beck: „1953 warnte Thomas Mann die Deutschen in seiner berühmten Hamburger Rede davor, jemals wieder nach einem ‚deutschen Europa‘ zu streben. Im Zuge der Eurokrise ist nun jedoch genau das Realität geworden: Die stärkste Wirtschaftsmacht des Kontinents kann notleidenden Euro-Staaten die Bedingungen für weitere Kredite diktieren – bis hin zur Aushöhlung der demokratischen Mitbestimmungsrechte des griechischen, italienischen, spanischen – letztlich auch des deutschen Parlaments.“

Für Beck ist die Krise der Europäischen Union eine Transformationskrisen der nationalstaatlichen Ordnung von Gesellschaft und Politik, deren Ausgang noch offen ist. Denkbar sind für ihn mindestens zwei unterschiedliche Szenarien, die er als „hegelianisches Szenario“ und als „Carl-Schmitt-Szenario“ bezeichnet. „Hegelianisch“ wäre es für Beck, wenn die Akteure in der EU in letzter Sekunde bemerken würden, dass weitere Alleingänge in den Abgrund führen und sich die Erkenntnis „kooperiere oder gehe unter“ durchsetze. Ein „Carl-Schmitt-Szenario“ wäre dagegen, wenn die Mächtigen in der EU die Krise als „Ausnahmestand“ zu einer technokratischen und damit antidemokratischen Selbstermächtigung nutzen.

Für Beck ist offen, wohin die Reise geht. Er beschreibt Stationen der Krise, in denen immer wieder zwischen diesen beiden, einander nicht immer ausschließenden Positionen gerungen wurde, an verschiedenen Beispielen. Dabei kommt es auch zu Konflikten zwischen Legitimität und Legalität und zwischen „Europaarchitekten“ und „Nationalstaatsorthodoxen“.

Beispiel Euro-Krise und die EZB: „Das Euro-Risiko ist im politischen System überall präsent. Es zwingt beispielsweise die Europäische Zentralbank, insbesondere ihren Präsidenten Mario Draghi, Rettungseinsätze zu beschließen, die ihre Legitimation aus der Abwendung der Gefahr beziehen, die auf der Grundlage des vertraglichen Mandats allerdings nicht länger zu rechtfertigen sind.“ (S. 35) „Der ehema-

lige Verfassungsrichter Udo Di Fabio sieht in dieser nach dem Motto ‚fällt der Euro, zerfällt Europa‘ durchgesetzten Ermächtigung der Politik einen ‚schiefen Pragmatismus‘ am Werk, der die Rechtsbindung der Politik zu lockern oder abzustreifen sucht.“ Beck stimmt Di Fabio zu, weist aber darauf hin, „dass die Nationalstaatsorthodoxen sich in die Grauzone einer illegitimen Legalität begeben, weil ... sie keine Antwort auf die Gefährdung Europas haben.“ (S. 36)

Beck kritisiert Merkels Europapolitik als zynische Machtpolitik, nennt sie „Merkiavelli“. Statt des von ihr angestrebten hierarchischen, von Deutschland als neuem Machtzentrum beherrschten Europas fordert er eine gleichberechtigte Teilhabe. Für eine neue, „europäische Vertrauensbildung“ nennt er vier Prinzipien, die für ihn eine unverzichtbare Grundlage einer europäischen Gesellschaft sind:

1. das Prinzip der Fairness. Sowohl die Verfahren wie die Ergebnisse europäischer Entscheidungen müssten von allen Beteiligten als fair und gerecht wahrgenommen werden;
2. das Prinzip des Ausgleichs; „an der Frage, wie die Großen und Mächtigen mit den kleinen Staaten umgehen, wird sich entscheiden, ob man in Europa auch morgen noch gut leben kann“;
3. das Prinzip der Versöhnung: „Gegensätze dürfen nicht durch Schuldzuweisungen und Herabsetzungen verschärft werden“;
4. das Prinzip der Verhinderung von Ausbeutung; das meint institutionelle Sicherungen, die verhindern, dass starke Länder die Schwächen der anderen zu ihrem Vorteil ausbeuten.

Becks Vorwurf: „Gegen diese Grundbedingungen einer lebenswerten europäischen Gesellschaft verstößt das deutsche Europa. Mit der Taktik des Zögerns, Zähmens und Disziplinierens wird das wechselseitige Vertrauen der Bürger zerstört. Aus der Vision eines vereinten Kontinents wird das Feindbild Europa.“

Ein lesenswertes Buch!

rül

Ulrich Beck, Das deutsche Europa. Edition Suhrkamp digital; August 2012, 80 Seiten, 7,99 Euro.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 7. März 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 1. März.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

7. März, 4. April, 3. Mai, 6. Juni, 4. Juli, 1. August, 12. Sept., 10. Okt., 7. Nov., 5. Dez. 2013,